

■ DIE SOZIALDEMOKRATIE SCHAUFELT SICH IHR EIGENES GRAB

Frontalangriff auf Gewerkschaften und Sozialsysteme

US-Einmarsch in Bagdad –
die weltpolitische Neuordnung
beginnt im Nahen Osten Seite 8

Am 14. März wurde im Bundestag zelebriert, was seit Wochen u.a. von Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Simonis in ihrer »Blut-, Schweiß- und Tränen-Rede« gefordert wurde und in den bürgerlichen Medien als »Schröders Befreiungsschlag« herumgeisterte: die Regierungserklärung von Rot-Grün, mit der erneut tiefe Einschnitte in den »Sozialstaat« angekündigt wurden. Ob Job-AQTIV-Gesetz, Hartz-Kommission, Rürup I und Rürup II: der Sozialabbau geht ungehemmt weiter.

Während Unternehmervertreter Rogowski klagt, der »Gordische Knoten« sei zwar »geloockert, aber nicht durchschlagen worden«, ist DGB-Chef Sommer mal wieder »enttäuscht« über diese Regierung, die die Gewerkschaften – Hartz hin, Rürup her – in der letzten Bundestagswahl als die »ihrige« erneut gefördert haben und der sie auch in der Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes nicht weh getan haben. Die Gewerkschaftsspitzen tun alles, um Widerstand gegen den Sozialabbau einzufangen und unter Kontrolle zu halten. Vorsorglich, denn man fürchtet Reaktionen aus der Mitgliedschaft. Trotzdem schallt den Funktionären von vielen Seiten, vor allem aus der von der SPD nicht gewonnenen »Neuen Mitte«, entgegen, sie seien das eigentliche Problem, eine »Plage für unser Land« (Westerwelle, FDP), eine Blockade für die freie Durchsetzung unternehmerischer Logik. Sie werden verantwortlich gemacht für den »Reformstau« in Politik und Gesellschaft, vor allem aber – und gerade dieses Argument soll sie besonders wirksam in ihrer eigenen Mitgliedschaft diskreditieren – für die anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Als Interessenvertretung der sogenannten Arbeitsplatzinhaber sollen sie die eigentlichen »Betonköpfe« und Feinde der »Modernisierung« sein. In Politiker-Statements, in Talk-Shows und Umfragen wird entgegen der Realität und vor allem entgegen der wirklichen Rolle der Gewerkschaftsspitzen die Gebetsmühle gedreht, in diesem Land hätten die Gewerkschaften »zu viel Macht«, und in Meinungsumfragen wie dem »Politbarometer« des ZDF wird die Wirksamkeit dieser Gehirnwäsche nachgewiesen. Ihr Einfluß müßte zerschlagen werden, die Bundesregierung nun endlich jenseits der »Verbandsinteressen« Entscheidungen fällen, wieder politische Handlungsfähigkeit demonstrieren und die Wirtschaft voranbringen.

Wie sie es am liebsten hätten, äußert z.B. der CDU-Politiker Merz mit der Aufforderung: »Wer einen Sumpf



trocken legen will, darf nicht vorher die Frösche fragen.« Die dabei zugrunde gehenden Frösche sind für ihn die abhängig Beschäftigten.

Gewerkschaften auf dem Rückzug

Als die Unternehmerverbände Mitte der neunziger Jahre forderten, die Lohnkosten um 30 Prozent zu senken, standen die Gewerkschaften vor der Alternative, den Widerstand in den eigenen Reihen durch Mobilisierung der Mitglieder real aufzubauen oder durch verbalen Protest Unternehmer und Staat zu bitten, es nicht so schlimm kommen zu lassen, »sozialverträglich« abzuwickeln und die Gewerkschaften mit im Boot zu belassen.

Sie wählten – ohne große Diskussion – die zweite Möglichkeit, sich eher als Lobbyvereinigung zu verhalten denn als Klassenorganisation. Der deutlichste Ausdruck dieser Politik war – und ist – das »Bündnis für Arbeit, Wettbewerbsfähigkeit und Ausbildung«. Es wurde seinerzeit von dem IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel vorgeschlagen und diente lediglich der Einbindung der Gewerkschaften in die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung sowie in Absprachen mit den Unternehmerverbänden selbst, bis hin

zu Abmachungen über die Tarifpolitik (deutlich vor allem in der Tarifrunde des Jahres 2000).

Die laufenden Verschlechterungen unter den Regierungen Kohl und Schröder konnten damit beinahe geräuschlos abgewickelt werden. In den Betrieben wurden befristete Beschäftigung und Lockerung des Kündigungsschutzes vorangetrieben: im Einzelhandel durch Novellierung des Ladenschlußgesetzes, in der Bauindustrie durch das Entsendegesetz, allgemein durch die Zulassung und Förderung geringfügiger Beschäftigung und von Leiharbeit. Demonstrationen gegen solche Abbaumaßnahmen, z. B. beim Ladenschluß oder bei der Lohnfortzahlung, wurden nur halbherzig und nach Branchen isoliert geführt und bewirkten letztlich nur, daß einzelne Maßnahmen abgemildert wurden. Noch geringer, wenn überhaupt, fiel der gewerkschaftliche Protest bei den Angriffen gegen Arbeitslose, SozialhilfebezieherInnen und Rentner aus; die ständigen Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe bzw. die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen in der Arbeitsvermittlung schienen die Gewerkschaftsvorstände kalt zu lassen.

Immerhin gab es in den neunziger Jahren noch Aktionen wie die gegen die Herabsetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch die Regierung Kohl; in diesem Fall waren die Proteste ohne und zum Teil gegen den Willen der Gewerkschaftsführung organisiert worden. Sie waren ein Alarmzeichen dafür, daß es durchaus ein Potenzial gibt, das der Führung aus der Hand gleiten könnte. Die Unternehmer wollten sich damit nicht anlegen, sie setzten die Kürzung des Krankengeldes in der Regel nicht um. Sie forderten aber weiterhin von der Regierung die Organisation des Sozialabbaus. Die Kohl-Regierung war dafür kein sicherer Garant mehr, weil sie innergewerkschaftlich ein zu offensichtliches Feindbild abgab. Der Wechsel zu Rot-Grün kam der Mehrheit im Unternehmerlager durchaus gelegen.

Rot-Grün hat dem traditionell auf die sozialdemokratische Regierungsalternative fixierten gewerkschaftlichen Widerstand nicht nur die Spitze abgebrochen, sondern gleich die Perspektive genommen. Nach ersten Zugeständnissen an die gewerkschaftliche Wählerbasis – z. B. Wiederherstellung des Kündigungsschutzes für Kleinbetriebe von fünf bis neun Beschäftigten – ging Rot-Grün dazu über, den Sozialabbau weit schärfer fortzusetzen als die Kohl-Regierung und dabei an Tabus zu rühren, die bisher als unantastbar galten, insbesondere die paritätische Umlagefinanzierung in der Sozialversicherung (angefangen bei der Einführung der Kapitaldeckung in die Rentenversicherung als »Riester-Rente«). Die Auswirkungen waren drastisch: Wenn schon die »eigenen« Leute einem den Boden unter den Füßen wegziehen,

dachten viele in der Mitgliedschaft bis zu den Aktiven, wem kann man dann noch vertrauen, wie kann man sich dann noch wehren? Schon die Demonstrationen gegen die Einführung der Riester-Rente waren viel zu schwach, um sie abwehren zu können. Die aktuellen Maßnahmen und Pläne in den Bereichen Arbeitsmarkt, Gesundheitsreform, Bildung etc. stoßen kaum noch auf aktiven Widerstand. Den verbalen Protesten der Gewerkschaftsspitzen folgen keine Taten, die Mitgliedschaft bleibt mit ihrer Unzufriedenheit auf sich allein gestellt.

An Beschlüssen auf regionaler und örtlicher Ebene etwa gegen die Umsetzung der Hartz-Pläne fehlt es nicht, wenn man z. B. im Internet danach sucht. Das Problem liegt in der mangelnden praktischen Konsequenz. Die Beschlüsse, die in gewerkschaftlichen Delegiertenkonferenzen gefaßt werden, drücken weit verbreiteten Ärger aus – wenig verwunderlich angesichts der neuerlichen Belastungen für Beschäftigte und Arbeitslose. Papier aber ist geduldig; die Beschlüsse sind nicht die Folge von wirklichen Diskussionsprozessen, sondern werden nur von wenigen angestoßen und dann nebenbei erledigt. Woran es weiter fehlt, sind konkrete Maßnahmen zur Umsetzung von Beschlüssen, zur Aufklärung von Mitgliedern, zur Entwicklung von Massenprotest. Statt dessen herrscht Lähmung vor, weil nur noch wenige Aktive Druck zu machen versuchen, diese aber häufig – z. B. als Arbeitslose – betrieblich nicht verankert sind; die Masse der Beschäftigten fügt sich ins scheinbar Unvermeidliche und konzentriert sich auf »individuelle Sicherung« des Arbeitsplatzes (Jeder ist sich selbst der Nächste). Bislang sieht sich die Gewerkschaftsführung nicht unter Druck zum Handeln gesetzt, sondern nur zu verbalem Protest veranlaßt. Bsirske, Zwickel, Sommer und Schmoldt können es sich noch leisten, in Interviews und Talk-Shows Widerspruch gegen Teilaspekte der Regierungspolitik anzumelden und gleichzeitig die Hände in die Hosentaschen zu vergraben. Daß ihnen dies von der bürgerlichen Presse als »Kampfansage« ausgelegt wird, zeigt lediglich, daß angesichts der ökonomischen Wachstumsschwäche, der Krise der öffentlichen Haushalte und der zunehmend unbezahlbaren Massenarbeitslosigkeit auch in der herrschenden Klasse die Nerven blank liegen.

INHALT

Frontalangriff auf Gewerkschaften und Sozialsysteme	1
DGB: Umfallen am Beispiel Leiharbeit	5
US-Einmarsch in Bagdad – die weltpolitische Neuordnung beginnt im Nahen Osten	8

Dokument:

Aus Challenge: Der Weg wird nicht in Bagdad enden	12
---	----

Korrespondenzen:

Transnet: Zickzackkurs auf der Schiene	13
Hanau: Teilerfolg gegen Nazi-Demonstration	14

Arbeiterpolitik

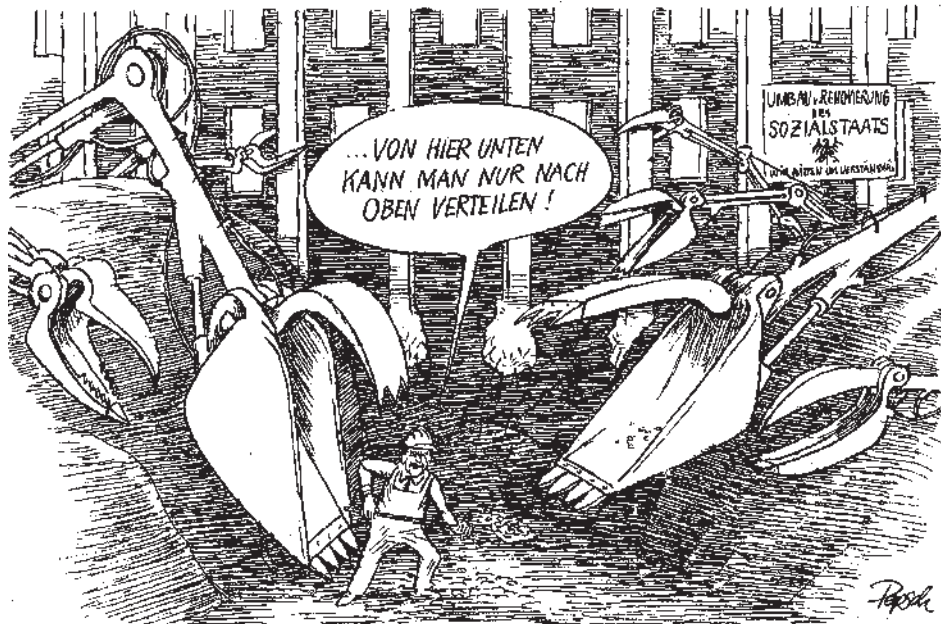
Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:

»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14–16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhäuser, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3



Grundsätzlich hat sich in der sozialpartnerschaftlichen Politik der Gewerkschaftsvorstände und in der Haltung der breiten Mitgliedschaft nichts geändert, nur die Spielräume sind aufgrund der seit den frühen neunziger Jahren anhaltenden Unternehmeroffensive kleiner geworden. Gerade unter dem jetzigen Druck stellen sie ihre als politische Alternative im geltenden Rahmen gemeinten Gegenkonzepte nach wie vor unter das angebliche Gemeinwohl. Statt an die eigene Basis appellieren sie an die als gemeinsam unterstellten Interessen, die vernünftigerweise auch Politik und Unternehmen haben müßten. Schon vor der Brandrede Schröders vom 14. März begann ver.di mit der Kampagne »Stark durch Wandel«. In einem Flugblatt heißt es dazu: »Nichts gegen die Tabaksteuer. Aber wenn die Wirtschaft wieder in Schwung kommen und die Sozialsysteme auf sichere Beine gestellt werden sollen, müssen auch die Unternehmen wieder stärker in die Verantwortung genommen werden.« Danach folgen Forderungen zur Wiedereinführung bzw. Verstärkung von Unternehmens- und Vermögenssteuern.

Dieses Denken führt tiefer in die Sackgasse. Die Mittel und Methoden der Tarifpolitik sind stumpf geworden und werden durch betriebliche »Bündnisse«, die Härteklausele der Metallbranche im Osten, ökonomische Erpressung, befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit etc. mehr und mehr unterlaufen. Die sozialen Sicherungssysteme werden immer weiter abgebaut, die »heiligen Kühe« gerade durch diejenigen (SPD, in Berlin auch die PDS) geschlachtet, »die an der Aufzucht der Kälber in vorderster Linie beteiligt waren«, wie der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Kopper, bemerkte. Der Reformismus verkehrt sich in der Krise in sein Gegenteil. Bezeichnenderweise werden Abbaumaßnahmen als Reformen verkauft. Diese »Reformen« verbessern aber nicht – wie noch in den siebziger Jahren – die Lebensverhältnisse und die Konsumfähigkeit der Beschäftigten, sondern beinhalten Sozialabbau und Ausgrenzung der sozial Schwachen.

Eine Änderung dieser Politik ist von den Gewerkschaftsvorständen auch unter dem gegenwärtigen Druck nicht zu erwarten. Die Verselbstständigung der gewerkschaftlichen Apparate – und damit ihr materielles Eigeninteresse – hat ungeahnte Ausmaße angenommen, und dies bindet die Führung mehr an Unternehmer und Regierung als an die gewerkschaftliche Basis, die ihre Interessen einfordert, aber

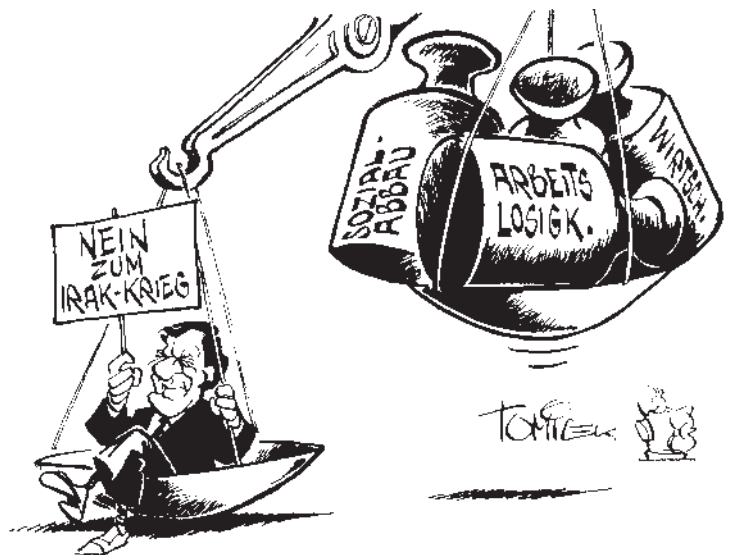
selbst noch nicht genügend Kraft entwickelt, sie durchzusetzen. Den Vorständen bleibt nicht anderes, als den Kurs der Anpassung und Unterordnung fortzusetzen. Die Unfähigkeit der Gewerkschaften, ihre bisherigen Schutzfunktionen weiter wahr zu nehmen, verstärkt die Unzufriedenheit, gleichzeitig aber auch die Passivität der Mitglieder und die Austrittsbewegung aus den Organisationen.

In dieses Bild passen Vorstellungen der IG-Metall-Führung in der Woche nach der Schröder-Rede, wie auf die neuerlichen Angriffe zu reagieren sei. Die IG Metall, heißt es, »fordert nun sogar Arbeitnehmer zum Protest gegen die geplanten Schnitte ins soziale Netz auf« (Frankfurter Rundschau, 19.3.2003). Unterschriftenlisten und Abgeordnetenbesuche soll es geben, und wenn das nicht reicht, soll zu Aktionen

aufgerufen werden. Dabei beugt die IG-Metall-Führung schon vor, indem sie erklärt, es gebe für Bundesregierung und Unternehmer doch überhaupt keinen Grund zum gesetzlichen Angriff auf die Tarifautonomie, weil die Gewerkschaft in Härtefällen immer kompromißbereit sei und sogenannten betrieblichen Bündnissen nichts in den Weg lege. So trägt sie wieder mal zur Demobilisierung bei: Ihre Mitglieder werden kaum mit Begeisterung für eine »Tarifautonomie« kämpfen, die regelmäßig im konkreten Bedarfsfall von der Gewerkschaft selbst auf dem Altar der Sozialpartnerschaft geopfert wird.

Niedergang der SPD in Wahlen

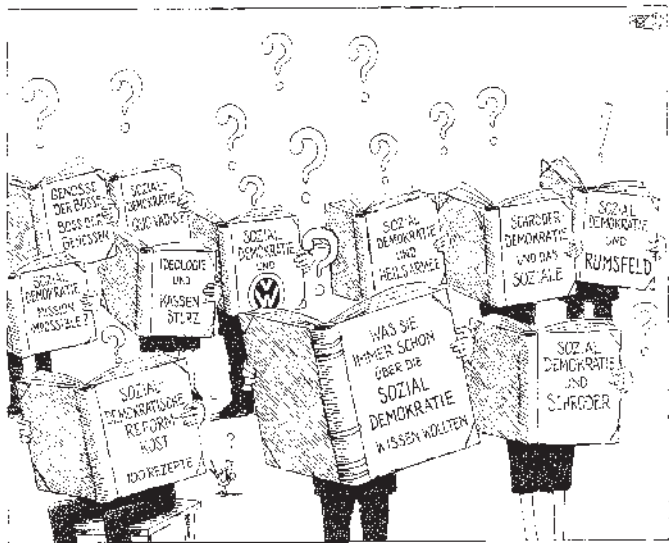
Spätestens seit der letzten Bundestagswahl können die Sozialdemokraten sich ihrer gewerkschaftlichen Pappenheimer sicher sein. Schon im Vorfeld dieser Wahl war mit dem JobAQTIV-Gesetz und der Hartz-Kommission klar, daß die SPD-geführte Bundesregierung den Druck gegen die Arbeitslosen, auf die Löhne und auf die betrieblichen Arbeitsbedingungen weiter verschärfen würde. Die Unterstützung der Gewerkschaftsführung bekam sie dennoch. Lange hatte es vorher so ausgesehen, daß der von Schröder 1998 selbst gesetzte Maßstab »wenn diese Regierung es nicht schafft, die Zahl der Arbeitslosen deutlich zu drücken, hat sie es nicht verdient,



wiedergewählt zu werden« der SPD zum Verhängnis würde. Nur mit Hilfe für sie günstiger Umstände (Stoiber-Effekt, Irak-Politik, Flutkatastrophe, Schwäche der PDS) konnte die rot-grüne Koalition noch einmal eine Wahl auf Bundesebene gewinnen. Unmittelbar darauf gingen die Zahlen bei Meinungsumfragen in den Keller und folgten deftige Niederlagen bei durchaus wichtigen Teilwahlen.

Die Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen sowie die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein haben den Trend bestätigt: In Hessen verlor sie unter Arbeiterwählern 16 Prozent, in Hannover, wo sie anders als in Wiesbaden zudem Regierungspartei war, sogar 24 Prozent. Seit 1998 in Berlin Rot-Grün die Regierung übernahm, verloren fünf sozialdemokratische Ministerpräsidenten ihren Posten. Eine Änderung dieser Abwärtsentwicklung ist nicht in Sicht. Zur Zeit würde bestenfalls ein Viertel der BundesbürgerInnen Schröder wiederwählen.

Innerparteiliche Auseinandersetzungen um einen Kurswechsel, der die Wahlchancen bei Stammwählern verbessern könnte, nehmen zu. Ganze Bezirke der Partei erklären, die einzige Chance bestehe in einer Linkswende, in einem Zurück zu den Wurzeln; die ehemalige Galionsfigur Lafontaine versucht, diese Stimmung für sich auszunutzen. Auch die Parteiführung reagiert darauf, aber sie hat keine Alternative: Selbst ein Umsteuern bietet keine Garantie dafür, daß enttäuschte SPD-Wähler kurzfristig wieder zurückkehren. Sie argumentiert weiter damit, dass sich nur durch ein Umkrempeln der Sozialsysteme die Situation verbessern ließe, so daß die Partei langfristig an der Wahlurne wieder punkten könne.



Einer anderen Strömung in der SPD gehen die Maßnahmen Schröders nicht weit genug. Sie verlangen, sich »von den Steinzeitdoktrinen der ÖTV-Sozialstaatler glasklar« abzusetzen, da dies nicht mehr zu finanzieren sei. In ihren Kreisen hat das Schlagwort »aktivierender Sozialstaat« eine breite Anhängerschaft. Siegmund Gabriel beispielsweise, der Nachfolger Schröders in Niedersachsen, nennt die Agenda 2010 »Reformchen« und fordert weitergehende Einschnitte. Sie laufen darauf hinaus, die Menschen durch Entzug der öffentlich gewährten Mittel zum Lebensunterhalt (z.B. drastische Kürzung der Arbeitslosenunterstützung) zu zwingen, »ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen«, unabhängig davon, ob sie nach ihren sozialen Bedingungen überhaupt dazu in der Lage sind. Diese »modernisierte« Sorte Sozialde-

mokraten sieht ihre Klientel vor allem in lohnarbeitenden Mittelschichten, denen der Sozialstaat zu teuer ist. Sie soll entlastet und beruhigt werden, indem niemandem erlaubt wird, sich auf ihre Kosten in die »soziale Hängematte« zu legen. Dem kommt die Forderung nach Aufhebung des Kündigungsschutzes entgegen: Wenn die Kriterien der Sozialauswahl nicht mehr gelten, haben die Leistungsstärkeren bessere Chancen. Oder die Umstellung von Teilen der Sozialversicherung auf Kapitaldeckung: Dies schadet zwar den Versicherten, weil dies Verfahren insgesamt teurer ist, entlastet aber die öffentlichen Haushalte. Außerdem heißt es, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, wenn man sich das Geld bei den Schwächsten der Gesellschaft holt anstatt bei den Unternehmen und den Reichen, die gut organisiert sind und über Macht verfügen.

Schröders Brandrede

Ausdruck solcher Überlegungen war Schröders Regierungserklärung vom 14. März. Als Messlatte werden Haushaltskonsolidierung und EU-Stabilitätspakt angeführt, zu deren Sicherung nun alle gesellschaftlichen Gruppen beitragen sollen. Tatsächlich geht es um »einen reaktionären Systemwechsel gegen die abhängig Beschäftigten und die Erwerbslosen«, um auch »die (teils selbstverschuldete) Defensivposition der Gewerkschaften zu nutzen«, wie der westfälische ver.di-Bezirk Herne in einer ersten Auswertung feststellt. »Wesentliche Sozialstaatsstützen, wie u.a. das Arbeits- und Sozialrecht, die Tarifautonomie, der Flächentarifvertrag, Arbeits- und Gesundheitsschutzrechte, die Betriebsverfassung und die Aufsichtsratsmitbestimmung werden offen angegriffen und in Frage gestellt«, heißt es dort weiter. Die wichtigsten Androhungen der so genannten »Agenda 2010«, die Schröder in einer langen Rede vorstellte, sind folgende:

- Gemeindefinanzreform: Für Kommunen, private Häuslebauer und Wohnungsbaugesellschaft/-genossenschaften soll es verbilligte Kredite in Höhe von 15 Mrd. EUR über die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geben, von denen Handwerk und Bauunternehmen profitieren sollen (nach KfW-Berechnungen soll das 275.000 Jobs bringen – dagegen spricht, daß das Zinsniveau ohnehin niedrig ist);
- Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, und zwar auf der Höhe der letzteren (nicht etwas höher, wie noch im Bundestagswahlkampf vage angedeutet), im Klartext: die Arbeitslosenhilfe wird gestrichen, ungeachtet jahre-/jahrzehntelang eingezahlter Versicherungsbeiträge;
- Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien (alle Jahre wieder ...);
- Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (derzeit durchschnittlich 1218 EUR, individuell abhängig vom vorherigen Verdienst) auf 12 Monate (für über 55-Jährige auf 18 Monate), nach dieser entfällt Arbeitslosenhilfe, beginnt Sozialhilfebezug (verdienstunabhängig, nach heutigem Stand etwa 310 EUR plus Mietaufwand für eine »angemessene«, d.h. bescheidene Wohnung);
- Aufweichung des Kündigungsschutzes: Kleinunternehmen (bisher unter fünf Beschäftigten) dürfen in unbegrenzter Zahl befristet Beschäftigte einstellen, die vom Kündigungsschutzklausel (§23 KSchG) ausgenommen sind;
- die Sozialauswahl soll von der Verständigung zwischen Betriebsrat und Unternehmer abhängig gemacht, d.h. →

DGB: Umfallen am Beispiel Leiharbeit

Ein zentrales Beispiel für das Zurückweichen von früheren Positionen ist die Haltung der Gewerkschaften zur Leiharbeit. Seit der erstmaligen Einführung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) im Jahre 1972 haben die Gewerkschaften Rückzugsgefechte gegen dessen jeweilige Verschärfung geführt, zum Teil auch Erfolge erzielt, z. B. mit dem zeitweiligen Verbot der Leiharbeit im Baugewerbe. Mit der Beteiligung von ver.di- und IG Metall-VertreterInnen an der Hartz-Kommission für die Beratung »moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« und der Einigung über Personal-Service-Agenturen (PSA) der Arbeitsämter ist aber auch diese Verteidigungslinie aufgegeben worden. Die IG BAU hat der Aufhebung des Leiharbeit-Verbots in ihrem Bereich unverzüglich zugestimmt.

Eine gemeinsame Tarifkommission der DGB-Gewerkschaften verhandelt mit dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) über einen Tarifvertrag für die sogenannte Arbeitnehmerüberlassung einschließlich der Personal-Service-Agenturen (PSA) der Arbeitsämter, mit dem erstmals bundesweit flächendeckend einheitliche Bedingungen geschaffen werden sollen. Seit dem 21. Februar 2003 liegt ein Entwurf mit sogenannten Eckpunkten vor (fünf Entgeltgruppen, Mindest- und Regelstundensätze, die bisher nur teilweise mit Zahlen versehen sind). »Damit wird aus unserer Sicht die Zeitarbeit endlich zu einem ganz normalen Wirtschaftszweig,« freut sich der Koordinator der DGB-Tarifgemeinschaft, Reinhard Dombre.

Für die Gewerkschaftsbürokratie geht es nicht einfach darum, den von ihr angerichteten Schaden zu begrenzen. Das könnte sie haben, wenn sie sich an die gesetzliche Lage in der Neufassung des AÜG halten würde, die im Sinne geltenden EU-Rechts »gleichen Lohn für gleiche Arbeit« nach den für den Entleihbetrieb geltenden allgemeinen Regeln vorschreibt (auch dieses ist problematisch: schon die Leiharbeit an sich, also leichtere Verfügungsgewalt über Arbeitskräfte, ist für Unternehmer ein enormes Geschenk). §3 AÜG enthält aber eine Öffnungsklausel nach unten: Demzufolge kann durch einen Tarifvertrag vom Prinzip gleicher Bezahlung abgewichen werden. Wenn die DGB-Gewerkschaften trotzdem abschließen wollen, zeigen sie damit erneut, daß ihnen das sozialpartnerschaftliche »Mitgestalten« über alles geht.



Die bis jetzt vorliegenden Tarifverträge und Entwürfe zeigen klar, daß es eine Illusion ist, auf tarifpolitische Mittel zu setzen (z.B. in der Entgeltgruppe 3 soll ein Facharbeiter-Ecklohn in Höhe von 85 Prozent des gültigen IGM-Tarifs gezahlt werden). Auf der einen Seite Leiharbeit zu akzeptieren, auf der anderen dieselbe wie ein Normalarbeitsverhältnis regulieren zu wollen, ist ein Widerspruch in sich. Statt Tarifverträge über »Zeitarbeit« abzuschließen, müßten Gewerkschaften sich bemühen, LeiharbeiterInnen zusammen mit Normalbeschäftigten zu organisieren und kampffähig zu machen.

Was derzeit geschieht, ist das Gegenteil davon: Die acht DGB-Gewerkschaften haben – unter Ausschluß der Öffentlichkeit ihrer Mitglieder – eine gemeinsame Tarifkommission gebildet und Verhandlungen aufgenommen, für die sie nicht das geringste Druckmittel außerhalb des Verhandlungssaales mobilisieren. Sie schaffen vollendete Tatsachen, bevor der Kreis der Betroffenen organisiert, geschweige befragt worden ist. Dementsprechend sehen die bisher veröffentlichten Eckpunkte aus: Der »equal-pay-Gedanke«, wie es im vorläufigen Vertragsentwurf heißt, soll in Mindeststundensätzen und Branchenzuschlägen »realisiert« werden. Gleichzeitig wird »die arbeitsmarktpolitische Funktion dieses Tarifvertrages dadurch begründet, daß bei sachlich begründeter erschwelter Vermittlungsfähigkeit in den ersten Arbeitsmarkt eine Heranführung dadurch unterstützt wird, daß abweichend vom equal-pay-Ansatz die Mindeststundensätze zeitlich befristet angewendet werden und Branchenzuschläge zeitlich versetzt gezahlt werden können«. Damit ist das Prinzip der Diskriminierung festgeklopft. Für die kommenden Verhandlungen, die bis 31. Mai beendet sein sollen, geht es nur noch um die konkrete Höhe, die mehr oder weniger grausame Variante.

Zur »Rechtfertigung« ihres Vorgehens verweist die DGB-Tarifkommission auf »Schmuddelkonkurrenz« der sogenannten Christlichen Gewerkschaften. Diese haben inzwischen einige Tarifverträge teils mit Einzelfirmen, teils mit einem nordbayrischen Unternehmerverband abgeschlossen, den letzteren gar mit bundesweitem Geltungsanspruch. Sich von solchen Giftzwergen treiben zu lassen und dies für eigene Machenschaften zu nutzen, entspricht der Sichtweise von Spitzenfunktionären, die ihr Heil in der Kooperation mit dem Kapital suchen.

Zwar ist vielen Funktionären klar, daß die Akzeptanz von Leiharbeit durch die Gewerkschaften selbstmörderisch ist. Dennoch stecken sie den Kopf in den Sand. Verbreitet ist die Mentalität, nichts tun zu können und deshalb zu hoffen, daß es nicht so schlimm kommt, bis vielleicht Gewerkschaften eines Tages eine neue, politisch akzeptierte Rolle in einer konsolidierten neuen Form kapitalistischer Vergesellschaftung gefunden haben. Dieses Verhalten ist apathisch und verantwortungslos. Es entspricht im übrigen auch der Form der Schadensbegrenzung, wie z.B. die Gewerkschaft ver.di mit ihren relativ zu den sinkenden Einnahmen gewachsenen Personalkosten fertig werden will: durch Zwangsverordnung der Vier-Tage-Woche ohne Lohnausgleich für ihre Beschäftigten. Dies war zusätzlich Wasser auf die Mühlen der Anti-Gewerkschafts-Kampagne in der bürgerlichen Presse. Hier praktiziert die Gewerkschaft nach innen die Arbeitgeberrolle, die sie bei Unternehmern und Regierung kritisiert. ■

Hamburg: Veranstaltung »Klartext« mit Zwickel, Sommer und Möllenberg.

Das Ereignis fand in der Uni statt und nicht, wie es eigentlich sein sollte, in der Kaderschmiede des Proletariats«, dem Gewerkschaftshaus, was ja auch schon etwas ausdrückt. Der Hörsaal war mit rund 350 Leuten gut gefüllt, es war die Betriebsräte und Funktionäre anwesend, die den Durchschnitt der Hamburger Gewerkschaften repräsentieren.

Zwickel und Sommer teilten den Versammelten mit, dass die »richtige« Regierung, die zu wählen sie den Kollegen stets empfohlen hatten, sich jetzt dem Einfluss der Gewerkschaftsspitzen entzieht und auf breiter Front den Sozialabbau vorantreiben will. Die beiden rufen zum Widerstand auf, damit das »S« in der Regierungspartei wieder zur Geltung kommt, allerdings in einem Rahmen, den sie gleich absteckten, damit, wie sie sagen, keine Missverständnisse aufkommen: Wir sind Sozialdemokraten und wir wollen die Regierung nicht in Schwierigkeiten bringen, und wir stehen auch nicht für einen Systemwechsel zur Verfügung.

Warum er denn in der Wahlnacht neben Schröder stehend ungefragt die Unterstützung des DGB bei der Durchsetzung der Hartz-Vorschläge angeboten habe, wurde Sommer aus dem Publikum gefragt. Das ließ er unbeantwortet. Er schob von sich aus nach, weil er woanders dauernd danach gefragt wurde: Warum sie kürzlich mit der CDU-Spitze gesprochen hätten? Sie halten Kontakt zu allen gesellschaftlichen Gruppen und lassen sich nicht das Recht nehmen, mit allen zu reden. Schließlich sei die CDU doch quasi jetzt schon Teilhaber an der Regierungsmacht.

Zwickel nahm für die Gewerkschaften in Anspruch, sie hätten nun endlich das »Bündnis für Arbeit« beendet, damit könne den Vorständen nun nicht mehr der Vorwurf des Schmusekurses gemacht werden. Und dann der Angriff auf die Kritiker im Saal: Die Fessel ist ja nun weg, nun könnt ihr ja zeigen, wie ihr die Betriebe mobilisieren könnt, nun sei der Weg doch frei für einen heißen Frühling, am 1. Mai werde man ja sehen, wer was mobilisieren könne.

Auf die Forderung von Kollegen, Veranstaltungen zu organisieren, um über den geplanten Sozialabbau zu informieren, weil ohne solche Kenntnisse kein wirkungsvoller Widerstand möglich sei, gingen sie nicht ein, stattdessen empfahlen sie, Abgeordnete massenhaft per Telefon anzurufen und recht zahlreich am 1. Mai zu demonstrieren.

Die Teilnehmer haben kritische Fragen und Vorhaltungen an die Funktionäre auf der Bühne laut beklatscht. Sie klatschten auch, wenn diese die Politik der Bundesregierung drastisch kritisierten, und sie klatschten, wenn Möllenberg von der NGG das entscheidend erfolgreiche Merkmal deutscher Gewerkschaftspolitik darin sah, immer mitgestalten zu wollen, und das solle auch so bleiben. Insofern kann von »Klartext« überhaupt keine Rede sein. ■

de facto abgeschafft werden – der ökonomischen Epression wird Tür und Tor geöffnet, der Unternehmer kann bei Auftragsflaute die Leistungsstarken horten und dafür die Älteren rausschmeißen, die dann auf dem Arbeitsmarkt auch nichts mehr finden;

Ein Kanzler »für alle« – oder etwa nicht?

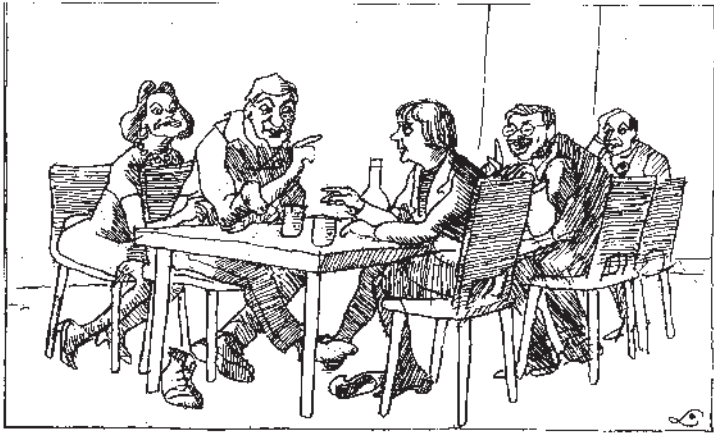
»Sozialdemokraten verstehen viel vom Aufbau eines Sozialstaates, aber wenig von dessen Abbau«, kommentierte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« die Lustlosigkeit des Kanzlers; das trifft jedoch nicht den Sachverhalt. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung besorgt die Demontage der sozialen Sicherungssysteme durchaus professionell, und sie ist in der gegenwärtigen Phase der Abbrucharbeiten dafür auch der am besten geeignete Auftragnehmer. Nur sie kann jetzt für einigermaßen ruhige Hinnahme einer solchen Politik in der Arbeitnehmerbevölkerung und bei den Gewerkschaften wirken, und erst wenn die Gewöhnung an den ungehemmten Kapitalismus eingetreten ist, lässt sich dessen staatliche Verwaltung an eine andere Regierung übertragen.

»Schmerzhaft Einschnitte für alle« verkündete Gerhard Schröder, gemeint sind damit offenbar alle Arbeitslosen, alle Rentner, alle diejenigen, die auf gesetzliche Krankenkassen angewiesen sind, ferner alle ArbeitnehmerInnen, denen an Kündigungsschutz und verbindlichen Tarifverträgen gelegen ist. Wer sich auf der profitablen Kapitaleseite befindet, fällt nicht unter den Begriff »alle«. Einer steuerlichen Inpflichtnahme der großen Vermögen erteilte der Kanzler in seiner Regierungserklärung eine Absage.

Arno Klönne in Ossietzki 6/2003 ■

-
- falls das nicht reicht, kann der Kündigungsschutz mittels neuer Abfindungsregelung abgekauft werden;
 - für Klein- und Mittelunternehmen werden Bürokratie und Steuerrecht vereinfacht, Handwerksgesellen dürfen nach zehn Berufsjahren einen Betrieb gründen, wenn sie dort wenigstens einen Meister beschäftigen;
 - Tarifautonomie/Flächentarifvertrag/Ausbildungsversprechen: offensichtlich aus Frust über das Scheitern der Bündnisse für Arbeit droht die Bundesregierung vorsorglich mit gesetzlichen Maßnahmen gegen die Tarifautonomie, d.h. gegen die Gewerkschaften;
 - die Rentenversicherung soll »nachjustiert« werden;
 - in dem System der Krankenversicherungen sollen »Marktbeziehungen« verstärkt werden, vor allem zwischen Krankenkassen und Ärzten;
 - um den Beitragssatz der Krankenkassen von zur Zeit durchschnittlich 14,3 Prozent auf 13 Prozent zu senken, sollen rabiate Einschnitte vor allem zulasten der Patienten vorgenommen werden: Gebühren für Arztbesuche, Ersetzung des Krankengeld durch eine (vermutlich Zwangs-) Versicherung.

Diese Vorschläge sagen nichts darüber aus, wie viel schließlich davon umgesetzt wird. Zum Krankengeld bspw. sind bereits andere Konzepte im Gespräch. Aber die Richtung ist klar und erheblich härter, als noch im Wahlkampf vorgegeben. Widerspruch in der SPD war nur am Rande zu vermerken, von Einzelpersonen wie Ottmar Schreiner oder Andrea Nahles, die meinen, einen Ruf als »SPD-Linke« verteidigen zu müssen. Ansonsten läuft der Traditionsbegriff »soziale Gerechtigkeit« auch in diesem Teil der Sozialdemokratie nur mehr darauf hinaus, daß jeder seinen Beitrag lei-



DGB und CDU: Auf dem Tisch geht man zur Sache, unterm Tisch in anderer Sprache...

sten muß – was erstens im Konzept der Schröder-Rede nicht stimmt und zweitens gerade die Lohnabhängigen belastet und die Lage der Ausgegrenzten verschärft.

Das von einigen jungen Parlamentariern initiierte »Mitgliederbegehren« zog inzwischen solche Kreise in der Partei, dass ein Sonderparteitag nicht mehr zu umgehen war. In der Frankfurter Rundschau schrieb ein Kommentator treffend von einer »*richtungslosen Richtungsdebatte*«, die da nur rauskommen könne. Schon jetzt bastelt die »parlamentarische Linke« an den Kompromissen, die das Vorgehen der Regierung als im Prinzip richtig akzeptieren, ansonsten nur dicker aufgetragene Schmincke sind. Der Erhalt der Regierungsfähigkeit und gleichzeitig die Ruhigstellung von Parteibasis und Gewerkschaften sind wie die Quadratur des Kreises.

Reaktionen der Gewerkschaftsführung

Die Gewerkschaftsspitzen versuchen einmal mehr, um den heißen Brei herumzureden. Anstatt mit klaren Worten den rabiaten Sozialabbau als solchen zu benennen, bezeichneten sie die Schröder-Rede verharmlosend als »nicht sozial ausgewogen« (Sommer). »*Schmerzhaften Einschnitten für die Arbeitnehmer stehen zumeist unverbindliche Appelle an die Wirtschaft gegenüber*«, meint auch Zwickel. Die Wirtschaft aber solle »*jetzt endlich durchstarten*«. Die Gewerkschaftsführung appelliert, daß die Unternehmer ihren Job tun, als be-stünde dieser darin, sich für das Gesamtwohl aufzureiben, und nicht vielmehr darin, für ihren privaten Profit und das Wohl der Aktionäre zu sorgen. »*Durchstarten*« kann nur bedeuten, durch Ausnutzen der wieder einmal erweiterten Möglichkeiten (PSA-Leiharbeit, Mini-Jobs, Aufweichung des Kündigungsschutzes) die Personalkosten zu senken. Das kann in der gegenwärtigen Situation allenfalls zu unternehmerischen Mitnahmeeffekten führen, jedoch nicht zu Jobs, die zum Leben reichen, und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Auch gegen die Androhung gesetzlicher Maßnahmen zur Einschränkung der Tarifautonomie behelfen sich die Gewerkschaftsspitzen mit Anbiederung. Als »*völlig unverstündlich und überflüssig*« bezeichnete Zwickel die Einführung gesetzlicher Öffnungsklauseln. In der Metall- und Elektroindustrien gebe es bereits eine Vielzahl betrieblicher Bündnisse für Arbeit. Insofern enthält die gewerkschaftliche Kritik am Aktionismus der Kanzlerrede in diesem Punkt

sogar ein Körnchen Wahrheit: In vorausseilendem Gehorsam sorgen solche Funktionäre noch immer dafür, daß das auf Spitzenebene beiseite gelegte »*Bündnis für Arbeit*« auf betrieblicher Ebene funktioniert und gewerkschaftlich koordinierte Gegenmacht zersetzt.

Gegen die Umsetzung von Hartz und Schröder

Dass Unruhe in den eigenen Reihen droht, haben die Gewerkschaftsvorstände inzwischen begriffen. Auf den Frontalangriff der Schröder-Regierung antworten sie mit einer radikal klingenden Absage an die SPD. Zwickel, Bsirske und Sommer sprechen von »*Wahlbetrug*« und kündigen die Mobilisierung Hunderttausender »*an allen Orten der Republik*« an. Das Ziel soll »*die klare Botschaft an unsere Volksvertreter ... Ja zu Reformen – Nein zum Sozialabbau*« sein. Dies dürfe aber nicht zu weit führen.; »*wir wollen keine andere Regierung, sondern eine sozialdemokratische Handschrift in der Regierungspolitik*«. Seit 1998 hat die Regierungspolitik eine sozialdemokratische Handschrift. Etwas anderes als die Orientierung auf den angeblich neutralen Staat als Vermittler von Klasseninteressen liegt außerhalb des Horizontes dieser Gewerkschaftsführung.

Unsere Aufgabe ist es, die Diskussion mit den KollegInnen über dieses Programm des Sozialabbaus zu organisieren und in den Gewerkschaften eine politische Kraft gegen die derzeitige bedingungslose Unterordnung unter die SPD aufzubauen. Die Forderung in den Gewerkschaften nach einer Kampagne, die nicht nur auf dem Papier steht, sondern mit Betriebsversammlungen, Öffentlichkeitsarbeit und Massendemonstrationen die Mitglieder gegen den Sozialabbau mobilisiert, wäre ein erster Schritt, der durch den Druck aus den Betrieben allerdings erzwungen werden müsste. Andernfalls erleben wir nicht nur die weitere radikale Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch den Zerfall der – dann allerdings auch überflüssig gewordenen – gewerkschaftlichen Organisationen.

Inzwischen ist die Empörung über das Vorgehen der Regierung nicht nur in den Betrieben und Gewerkschaften gewachsen, sondern hat auch Teile der SPD erfasst, der Sonderparteitag am 1. Juni in Berlin ist Ausdruck davon. Wir schlagen vor, sich auf allen gewerkschaftlichen Ebenen für eine Demonstration am Ort des Parteitages einzusetzen. Nicht nur die kritischen Kräfte in den Gewerkschaften hätten dann einen politischen Adressaten, auch den Parteimitgliedern, die noch soziale Positionen vertreten, könnte der Rücken gestärkt werden.

Das Argument, dass die rot-grüne Regierung gegenüber der Stoiber und Konsorten nur verteidigt werden kann durch Unterwerfung unter die Schröder-Erpressung, ist realitätsfern und missachtet die Lebenslage der breiten Bevölkerung. Die Schröder-Regierung ist durch die Unterordnung der Gewerkschaften nicht zu retten. Erst recht, wenn ihr Frontalangriff auf Sozialsysteme und Gewerkschaften, wie von Schröder verlangt, fortgeführt wird. Die SPD hat die abhängig Beschäftigten und sozial Schwachen in Resignation und Passivität getrieben – bei den Wahlen in die Arme der konservativen und reaktionären Gegner. Für die Gewerkschaften, für ihre Basis wie für ihre Führung, stellt sich die Frage, ob sie der SPD auf dem Weg in die politische Bedeutungslosigkeit folgen oder als eigenständige Kraft auch einem sozialdemokratischen Kanzler gegenüber treten will.

28.4.2003 ■

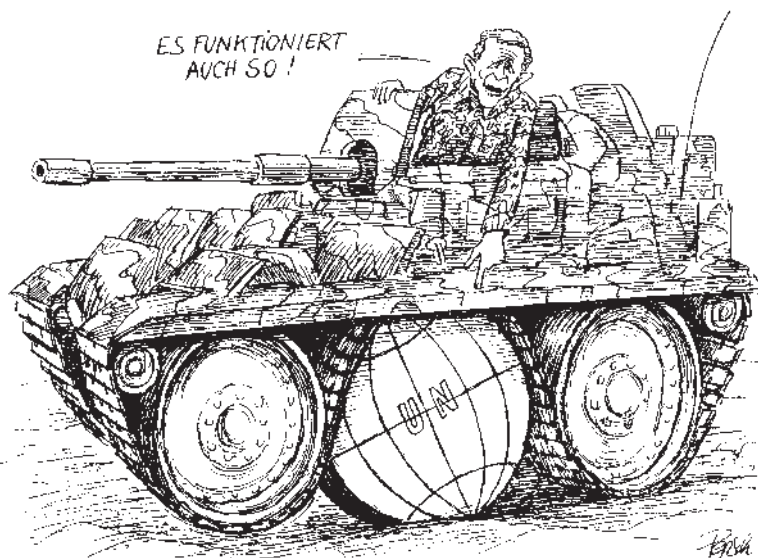
US-Einmarsch in Bagdad – die weltpolitische Neuordnung beginnt im Nahen Osten

Wie durch ein Brennglas bündeln sich anlässlich des Krieges gegen den Irak die internationalen Gegensätze und Widersprüche. Neue Konstellationen und Allianzen beginnen sich herauszubilden. Im Gegensatz zu den Kriegen der 90er Jahre konnten sich die Vereinigten Staaten nicht mehr auf eine breite Allianz stützen, selbst ehemals enge Verbündete im westlichen Lager nahmen politisch gegen die Intervention Stellung. Der Einmarsch in den Irak markiert den bisher tiefsten Einschnitt, einen Wendepunkt, in den internationalen Beziehungen und Konstellationen seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers. Als erstes Ergebnis können wir den Bedeutungsverlust der UNO, eine tiefe Spaltung der NATO und eine zerstrittene EU notieren.

Wegen seiner geostrategischen Lage und der für die Weltwirtschaft so wichtigen Erdölvorkommen spielte der Nahe Osten in der globalen Auseinandersetzung seit dem Ersten Weltkrieg eine entscheidende Rolle. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges haben die Amerikaner die Briten als dominierende Kraft in dieser Region abgelöst. Ohne seine Beherrschung können die USA ihre weltpolitische Hegemonie nicht dauerhaft sichern und ausbauen. Die Intervention im Irak ist daher ein erster Schritt und notwendige Voraussetzung für die weitere Expansion.

Mit dem Zurückdrängen und nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers gab es immer wieder Versuche seitens der USA, im Nahen Osten ihre Ordnung durchzusetzen. Diese Versuche sind gescheitert. Es gelang ihnen nicht, den Konflikt in Palästina mit den Verhandlungen von Oslo und Camp-David beizulegen, das heißt den Palästinensern einen »Frieden« im Interesse Israels und der USA aufzuzwingen. Oslo und Camp-David sind gescheitert. Auch die Versuche das iranische Regime, das dem Sturz des Schahs folgte, zu beseitigen, schlugen fehl. Der Schah war neben Israel der wichtigste Verbündete der USA im Nahen Osten. Damals bediente sich der Westen noch des Irak, als »kleinerem Übel«, dessen Krieg gegen den Iran man unterstützte. Der Irak wurde militärisch aufgerüstet und mit B- und C-Waffen versorgt. Die Schwächung beider Länder in einem langen und verlustreichen Krieg lag dabei durchaus im Interesse der USA. Beide Staaten könnten aufgrund ihrer Bevölkerungszahl, der reichen Erdölvorkommen und ihrer industriellen Basis am ehesten eine Rolle als selbständige Regionalmacht im Nahen Osten spielen.

In den letzten Jahren gewann die Beseitigung des Baath-Regimes im Irak die oberste Priorität für die Administration in Washington. Dem ersten Golfkrieg, die ihm folgenden Sanktionen und ein seit Jahren geführter Luftkrieg niedriger Intensität blieben der gewünschte Erfolg versagt. Die Regierung Bush entschloss sich, um Saddam Hussein und die Baath Partei zu stürzen, zum militärischen Einmarsch in den Irak. Krieg ist eine notwendige Begleiterscheinung des dem Imperialismus innewohnenden Zwanges zur Expansion, ein Mittel, wenn die Methoden des ökonomischen, politischen und diplomatischen Drucks nicht zum gewünschten Ziel führen. Alle diese Mittel haben die USA, unterstützt von der



EU und durch die UNO abgeseget, gegenüber dem Irak angewandt. Auf die Frage, ob 500.000 Kinder, die an den Folgen der Wirtschaftsblockade gestorben sind, nicht ein zu hoher Preis seien, antwortet die ehemalige US-Außenministerin Allbright: »ein hoher, aber kein zu hoher Preis«. Der Zeitpunkt der Invasion im Frühjahr 2003 war bestimmt durch die Arbeit der Inspektoren. Washington drohte politisch ins Hintertreffen zu geraten, sollte die Suche nach den behaupteten Massenvernichtungswaffen erfolglos bleiben und danach sah es aus. Der zwölfjährige Wirtschaftsboykott des Irak wäre in der UNO wieder auf die Tagesordnung gekommen und nicht mehr glaubwürdig zu begründen gewesen.

Der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz hat nach der Besetzung Bagdads durch amerikanische Truppen die globale Bedeutung des Krieges herausgestrichen. Den Regierungen in aller Welt sei nun vor Augen geführt worden, dass den militärischen Drohungen der USA auch Taten folgen würden. Ins Fadenkreuz geraten zunächst jene Regierungen, die einer amerikanischen Neuordnung des Nahen Ostens noch im Wege stehen. Dabei konzentriert sich die US-Regierung zur Zeit auf Syrien, nicht wegen des behaupteten Besitzes von Massenvernichtungswaffen oder weil es angeblich irakischen Regierungsmitgliedern Unterschlupf gewährt. Syriens Einfluss im Libanon soll gebrochen werden, die Regierung in Damaskus jegliche Unterstützung der Hisbollah im Südlibanon und des palästinensischen Widerstandes in den besetzten Gebieten einstellen sowie sich aus möglichen Auseinandersetzungen im Nachbarland Irak heraushalten. Zudem wurde das nordirakische Erdöl aus der Gegend von Mossul und Kirkuk über eine Pipeline durch Syrien ans Mittelmeer geleitet. Diese Leitung wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht bereits gekappt. Die Beute soll gesichert werden und auf keinem Fall einem missliebigen Regime Einnahmen bescheren.

Mit der militärischen Beseitigung einer der letzten noch relativ selbständig agierenden Regierungen im Nahen Osten, hoffen die USA und Israel den Palästinensern ihre »Frie-

densordnung« aufzwingen und den Widerstand dagegen brechen zu können. Die syrische Regierung wird vor die Alternative gestellt: Entweder ihr beugt euch unseren Weisungen oder ihr seid das nächste Opfer. So soll die militärische Besetzung des Iraks helfen, die Pläne, die mit den Verträgen von Oslo gescheitert sind, noch nachträglich durchzusetzen.

Die Nachkriegsordnung im Irak stößt auf Widerstand

Schon das Verhalten der Besatzungstruppen in den ersten Tagen wirft ein Schlaglicht auf die zukünftige Entwicklung im Irak. Während amerikanisches und britisches Militär das Erdölministerium in Bagdad und die Förderanlagen im Norden und Süden des Landes durch ihre Bewachung zu den sichersten Orten im Nahen Osten machten, sahen sie den Plünderungen organisierter Banden nicht nur tatenlos zu sondern ermunterten sie sogar. Ministerien, Banken und Geschäfte aber auch Krankenhäuser, Museen und die staatliche Bibliothek wurden zu Opfern der Raubzüge. Die geraubten Schätze werden den Kunsthändlern in Nordamerika und Europa horrenden Gewinne einbringen, einen Bruchteil davon erhalten die organisierten Gangster im Irak.

Im Tross der Invasionsarmeen befinden sich denn auch mit den Exilirakern – demokratische Opposition genannt – ein Haufen von Geschäftemachern und Glücksrittern, die darauf hoffen dürfen, dass bei der Ausplünderung des Landes etwas für sie etwas abfällt. Ihnen sollen, zusammen mit geeigneten Vertretern der Volksgruppen aus dem Irak, nach einer militärischen Übergangsverwaltung die Regierungsgeschäfte übertragen werden. Auch wenn die UNO, die Staaten der EU oder die amerikahörigen Regimes im Nahen Osten eine solche Regierung formell anerkennen sollten, die wirklichen Herren des Iraks sitzen in Washington, die Geschicke des Landes werden von dort gelenkt. Da die herrschende Klasse in den USA kaum Interesse an der einer selbständigen Entwicklung, sondern vor allem an der Ausbeutung des Iraks hat, werden sich die inneren Widersprüche verschärfen. Die industrielle und zivile Infrastruktur wurde durch die vorangegangenen Kriege, vor allem aber durch die Sanktionen zerstört, das soziale Gefüge zerrüttet. Der Irak wäre dringend darauf angewiesen, die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft in den Wiederaufbau des Landes zu investieren, statt sie in die Taschen multinationaler Konzerne vor allem aus Nordamerika zu lenken.

Es mag vielleicht gelingen, mit militärischer Gewalt die gesellschaftlichen Widersprüche eine Zeit lang unter dem Deckel zu halten, beseitigen oder lösen lassen sie sich dadurch nicht. Die Besatzungstruppen müssen also über längere Zeit stationiert bleiben, soll der gewonnene Erfolg nicht aufs Spiel gesetzt werden. Der US-Imperialismus sieht sich gegenüber dem Irak gezwungen, auf alte Methoden kolonialer Herrschaft zurückzugreifen: die militärische Eroberung und Besetzung des zu beherrschenden Landes. Untrennbar damit verbunden ist das gegenseitige Ausspielen verschiedener Volksgruppen, Glaubensrichtungen und Interessenverbände, als demokratischer Ausgleich oder Kompromiss bezeichnet.

Die anglo-amerikanischen Truppen wurden nicht, wie man der Welt und sich selbst glauben machen wollte, als Befreier, sondern als Besatzungsarmee empfangen. So blieb die erhoffte und angekündigte Verbrüderung mit der schiitischen Opposition gegen Saddam Hussein aus. Die wichtigste schiitische Organisation, der »Hohe Rat für die Islamische

Revolution im Irak« (SCIRI), lehnt jegliche Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden oder einer ihr unterstellten Verwaltung und Regierung ab. Abdul Madschid al Koi, ein führender Geistlicher, wurde von einer aufgebrachten Menge Gläubiger erschlagen, nachdem er sich für eine solche Zusammenarbeit ausgesprochen hatte. Selbst die Vertreter der mit den Interventionstruppen eingeflogenen exilirakischen Opposition schickten nur zweitrangige Vertreter zur ersten Konferenz der Besatzungsbehörden für den Aufbau einer »zivilen« Verwaltung. Angesichts der Stimmung in der Bevölkerung meiden die Marionetten den öffentlichen Kontakt mit ihren Herren.

Auch im Nordirak wird das Zweckbündnis zwischen der amerikanischen Armee und kurdischen Parteien/Organisationen keinen dauerhaften Bestand haben. Mit dem Sturz des gemeinsamen Feindes drängen unterschiedliche Meinungen und gegensätzliche Interessen an die Oberfläche und werden die weitere Entwicklung zunehmend bestimmen. Die Kurden streben einen unabhängigen Staat, zumindest aber eine weitgehende Autonomie an und erwarten, dass ein erheblicher Teil der Erdöleinnahmen ihnen zugute kommt. Darauf aber können sich weder die Türkei noch die USA einlassen. Die Regierung in Ankara hat immer wieder mit dem Einmarsch ihrer Armee in den Nordirak gedroht. Sie sieht in den kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen eine Gefahr für die eigenen Interessen in Türkisch-Kurdistan und fürchtet die Ausstrahlungskraft eines durch die Erdöleinnahmen lebensfähigen kurdischen Staates oder eines weitgehend autonomen Gebildes im Nordirak. Schon aus Rücksicht auf den wichtigen NATO-Partner Türkei und um eine bewaffnete Konfrontation zwischen türkischen Truppen und Kurden zu verhindern, werden die amerikanischen Militärs den kurdischen Bestrebungen entgegengetreten. Aber es gibt noch einen weiteren Grund. Mit dem Sturz der Baath-Partei ist die Gefahr der Auflösung des irakischen Staates verbunden. Die Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit oder einer Aufteilung nach ethnischen und religiösen Gesichtspunkten droht, die von den alten Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Lineal gezogenen Grenzen ihrer kolonialen Gebilde, zu sprengen. Die gesamte Landkarte in der Region stünde zur Disposition, die Nachbarstaaten des Irak würden unweigerlich in die Auseinandersetzung gezogen. Ihre Interessen werden von den inneren Konflikten im Irak direkt berührt. Wie die Drohungen gegenüber dem Iran oder Syrien zeigen, mit der Besetzung des Irak sind die Spannungen gestiegen und werden weiter angeheizt, die Gefahr einer Ausweitung des Krieges, vom Pentagon schon eingeplant, steigt.

Die Kosten der Hegemoniepläne

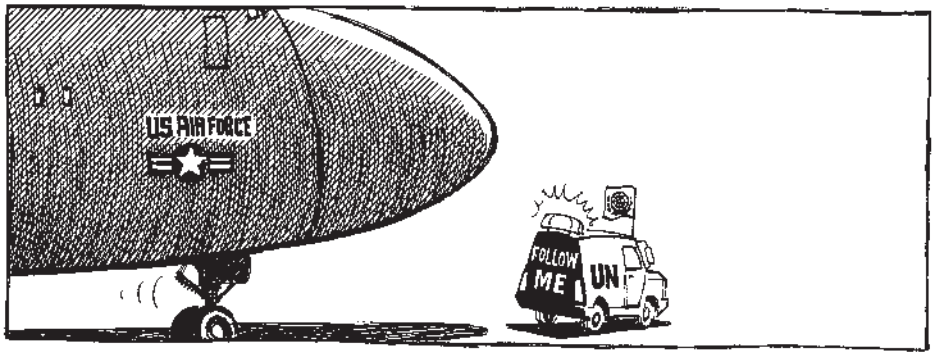
80 Mrd. Dollar hat sich Präsident Bush als erste Rate zur Finanzierung des Krieges bewilligen lassen. Das ist allerdings nur ein Bruchteil der Kosten, die bei der Umsetzung der nordamerikanischen Hegemoniepläne anfallen. Der Rüstungshaushalt wurde auf die enorme Höhe von etwa 380 Mrd. Dollar (laut Spiegel) getrieben (zum Vergleich: deutscher Rüstungshaushalt 2003: 24 Mrd. Euro). Dabei befindet sich die US-Ökonomie in erheblichen Schwierigkeiten, wie die Zusammenbrüche großer Firmen zeigen. Durch den nach wie vor steigenden Import von Waren insbesondere für den Konsum der Bevölkerung steigt das Handelsbilanzdefizit der USA weiter. Es wird 2003 vermutlich die Grenze von 400

Mrd. Dollar überschreiten. Finanziert wird es zum erheblichen Teil mit ausländischem Kapital, dass in den USA angelegt wird. Dieses hochempfindliche System ist darauf angewiesen, seine weltbeherrschende Stellung auszubauen und den Dollar als Leitwährung zu verteidigen.

Die USA sind deshalb bestrebt, ihre Rolle als dominierende politische und militärische Kraft international zu erhalten. Dazu ist es notwendig, dass sie auch ökonomisch ihre relative Stärke sichern. Dies werden sie nur schaffen können, wenn es ihnen gelingt, die Produktionskosten der in ihrem Land hergestellten Waren zu verringern.

Dadurch erreichen sie nicht nur Vorteile beim Kampf in bestehenden und bei der Eroberung von neuen Absatzmärkten, sondern mit der Beherrschung der Rohstoffmärkte und der Kontrolle der Transportwege werden die USA auch in der Lage sein, den Preis dieser Waren für andere Abnehmer zu kontrollieren. Sie haben damit ein entscheidendes Mittel in der Hand, um reale oder potentielle Konkurrenten in Schach zu halten. Der Unterschied der gegenwärtigen Politik der USA zur bisherigen besteht darin, dass sie nicht mehr auf ein Bündnis mit den Eliten der Ölförderländer setzen, sondern sich entschlossen haben, die Produktionsbedingungen in diesen Ländern direkt zu bestimmen. Dabei sind sowohl die Kräfte, die eine nationale Entwicklung aus eher säkularen Motiven heraus anstreben (Baath-Partei in Irak und Syrien) wie auch diejenigen, die eine solche aus religiösen Motiven vermischt mit gesellschaftlichen Vorstellungen aus vorkapitalistischen Zeiten anstreben, potentielle Gegner. Ein Spielraum zur Entwicklung einer eigenen Volkswirtschaft wird im Nahen Osten keiner Strömung gelassen, sofern sie die Mittel dafür aus Quellen aufbringen will, die die USA als notwendig für die Sicherung ihrer dominierenden weltpolitischen Rolle ansieht. Der versprochene Wiederaufbau des Iraks wird deshalb nur die Bereiche betreffen, die für die Förderung des Öls und für die militärische Sicherung der Quellen von Bedeutung sind.

Die Politik der USA ist Ausdruck einer weltweiten und bereits seit Jahren schwelenden Wachstumskrise der führenden imperialistischen Länder. Die USA nutzen die derzeitigen konjunkturellen Einbrüche, um sich mittels ihrer militärischen Stärke für den verschärften Konkurrenzkampf unter den imperialistischen Ländern zu rüsten. Sie hat dafür auch einen innenpolitischen Preis zu zahlen, denn die Belastungen für die Militärausgaben sind derart hoch, dass sie aus den derzeitigen Haushaltseinnahmen nicht mehr aufgewendet werden können. Da die Regierung Bush zudem eine drastische Senkung der Steuern insbesondere für die Reichen und die Unternehmen plant, um auch auf diesem Weg der darbenenden Ökonomie neue Impulse zu verleihen, wird sie gezwungen sein, sich die Mittel dafür bei den Arbeitern und Angestellten des Landes und allen, die von staatlichen Transfers abhängig sind, zu holen. Dies wird zu einer weiteren Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus und zu einer rapiden Zunahme der Armut führen. Der Kampf gegen den »internationalen Terrorismus« wird nicht allein als Vorwand zum Abbau der Demokratie in den USA benutzt, sondern auch als Begründung, um der Masse der Bevölkerung weitere materielle Opfer abzuverlangen.



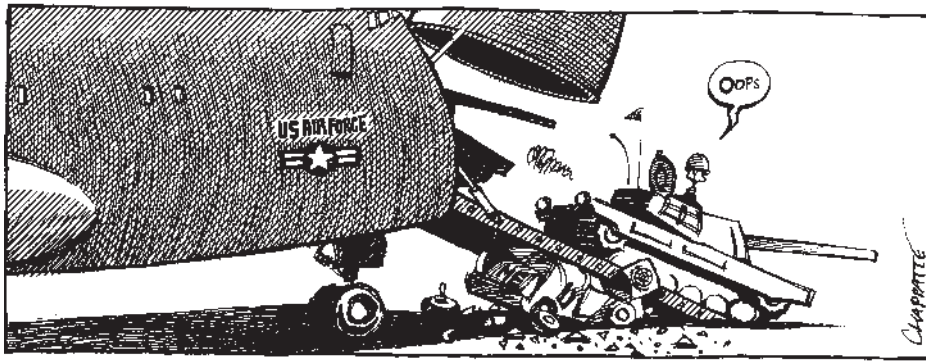
Die europäischen Länder werden hierauf nur in zweierlei Weise reagieren können. Sie müssen militärisch aufrüsten, um ihre materiellen Interessen bis zum »Hindukusch« wahrzunehmen, und sie werden innenpolitisch ebenfalls zu einer drastischen Senkung der Produktionskosten übergehen. Insofern ist die Agenda 2010, das Sozialabbau-Programm der rotgrünen Bundesregierung, auch eine Antwort auf die veränderten Rahmenbedingungen des Weltmarktes.

Neue Export- und Kapitalanlagemärkte sucht nicht nur der US-Imperialismus. Die weitgehend stagnierenden Volkswirtschaften der arabischen Länder bieten sich hier vorzüglich an, verfügen doch zentrale Länder über reiche Erdölvorkommen. Die Märkte dieser Staaten müssen aufgebrochen werden. Nicht länger dürfen die arabischen Regierungen aus Angst vor der eigenen Bevölkerung die Privatisierung der Staatsindustrien verschleppen, die Nahrungsmittel subventionieren und Auflagen des IWF und Weltbank trotz großzügiger Wirtschaftshilfe ständig missachten, wie u.a. das ägyptische Beispiel zeigt. Die breiten Massen sollen von der staatlichen und privaten Fürsorge befreit werden und die Unternehmer von jedweden staatlichen Regulierungen, so das immer gleiche Rezept der kapitalistischen Sanierung.

EU kontra USA – innerimperialistische Widersprüche

In der letzten Ausgabe der »Arbeiterpolitik« sind wir auf die unterschiedlichen ökonomischen Interessen der USA und der EU, wie sie insbesondere von Deutschland, Frankreich und Belgien politisch zum Ausdruck gebracht wurden, eingegangen. Wir haben auch die Kräftekonstellation, die übertragende militärische Vorherrschaft der Vereinigten Staaten,





Erst wenn diese Zusammenhänge öffentlich diskutiert würden, könnte der Schleier gelüftet werden, den die Diplomatie über die wahren Beweggründe der Akteure und die ihnen zugrunde liegenden Interessen gelegt hat.

Bei der Kontroverse zwischen Kriegsgegnern und -anhängern, wie sie auf Regierungsebene und zwischen den Vertretern der staatstreuen Parteien ausgetragen wurden, ging es im Kern um eine Frage: Wie lassen sich die europäischen

dargestellt. Deshalb hier nur das Wichtigste in Kürze. Die Einnahme Bagdads ändert nichts an den politischen Kontroversen. Sie machen sich jetzt fest an der Frage, wer soll für die Nachkriegsordnung des Irak politisch verantwortlich zeichnen, die USA oder die UNO? Die US-Regierung hat schon erklärt, dass sie eine UNO-Aufsicht für den Irak strikt ablehnt und dass die Aufträge für den Wiederaufbau Firmen aus den Ländern zugute kommen sollen, die sich an der Kriegskoalition beteiligt haben – in erster Linie natürlich amerikanischen Konzernen. Vor allem die Kontrolle und Verfügungsgewalt über die Erdölreserven sollen in Washington verbleiben. Über die UNO hoffen die Europäer ihre wirtschaftlichen Interessen gegenüber den USA noch ins Spiel bringen zu können. Interessant ist, dass Tony Blair sich in dieser Frage gegen seine Waffenbrüder in Übersee stellt. Die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen führen die europäischen Kontrahenten wieder zusammen.

Aber ob der Irak nun allein von der amerikanischen Besatzungsmacht verwaltet oder die UNO in der einen oder anderen Form mit beteiligt wird, am Gewaltakt gegenüber dem irakischen Volk ändert sich dadurch nichts. Auch wenn die Bundesregierung politisch gegen den Krieg Position bezogen hat, praktisch hat sie nichts getan, um sich diesem Gewaltakt entgegenzustellen. Sie ist den Anforderungen und »Verpflichtungen« gegenüber den USA nachgekommen: Erteilung von Überflugrechten, Entlastung der Alliierten durch Bewachung von US-Kasernen, Bereitstellung zusätzlicher Kräfte der Bundeswehr in anderen internationalen Einsatzgebieten etc. Trotz gegensätzlicher Interessen, ein Bruch mit den USA kann keine europäische Regierung riskieren. Die Vereinigten Staaten verfügen als einzige über ausreichend militärische Mittel, die gesellschaftlichen Verhältnisse weltweit zu garantieren, den freien Zugang zu Märkten, die Sicherung von Investitionsgebieten, den freien Zugriff auf Rohstoffe usw. Das gemeinsame Klasseninteresse am Erhalt der imperialistischen Ordnung überwiegt die gegenseitige ökonomische Konkurrenz.

Das praktische Verhalten der Bundesregierung widerlegt die politischen und moralischen Argumente, die gegenüber der eigenen Bevölkerung so gern ins Feld geführt werden. Es geht ihr im Kern nicht um Krieg und Frieden, um Moral und Menschlichkeit, um die Einhaltung internationaler Verträge oder der UNO-Charta. Die wurden im Krieg gegen Jugoslawien auch schon gebrochen. Hinter all den vorgebrachten Argumenten verbergen sich die materiellen Eigeninteressen der deutschen Bourgeoisie. Keiner der den Krieg kritisierenden Regierungschefs (weder Schröder noch Chirac) oder deren Diplomaten sprach aus, was ihnen allen bekannt ist. Der Krieg war seit langem beschlossene Sache, der behauptete Besitz von Massenvernichtungswaffen nur ein Vorwand.

Interessen am besten durchsetzen? Sollen wir deswegen den politischen Konflikt mit den USA suchen oder fahren wir besser, wenn wir uns an der Kriegskoalition beteiligen? In einem Punkt waren sich die Kontrahenten einig. Das eigentliche Problem sei die militärische Schwäche Europas. Auch wenn die überragende militärische Vormachtstellung der USA für den Imperialismus insgesamt auf absehbare Zeit unersetzlich bleibt, wird die EU um den Aufbau einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe nicht herumkommen. Sie geriete sonst noch stärker in die Abhängigkeit der USA und das würde jegliche unabhängige europäische Außenpolitik zu-nichte machen. Auf europäischer Ebene sind Deutschland, Frankreich (mit seinem atomaren Drohpotenzial) und Belgien die treibenden Kräfte für eine stärkere, auch militärische Selbständigkeit.

Der seit Jahren betriebene Umbau der Bundeswehr verfolgt genau dieses Ziel. Aus einer Armee zur Landesverteidigung soll eine internationale Interventionstruppe werden. Dem dient die Reduzierung der Einberufungen, wie jüngst beschlossen, bei gleichzeitiger technologischer Aus- und Aufrüstung der Bundeswehr. Die weltpolitische Neuordnung auf kapitalistischer Grundlage wird auch in den Staaten Europas zu einer verstärkten Aufrüstung und zu einer weiteren Umschichtung in den Haushalten führen. Die Kosten für eine Steigerung der Rüstungshaushalte werden ebenso wie die Lasten der ökonomischen Krise auf die arbeitende Bevölkerung, auf die Erwerbslosen, auf RentnerInnen und Kranke abgewälzt. Diesen Zusammenhang gilt es in den Gewerkschaften, aber auch in der Friedensbewegung aufzuzeigen.

Teile der Friedensbewegung machen sich jetzt die Losung nach einer von der UNO geführten Verwaltung des Irak zu eigen, wie sie von den Staaten der EU oder den arabischen Regierungschefs gestellt wird. Die Vereinten Nationen aber können unter den heute gegebenen Kräfteverhältnissen weder ein Gremium internationalen Ausgleichs noch eine Institution zur Friedenssicherung sein. Sie waren es in ihrer Geschichte seit 1945 nie. Die UNO und der Weltsicherheitsrat fungieren höchstens noch als Instrumente zur Durchsetzung der gemeinsamen Interessen der führenden kapitalistischen Staaten, sollten sie sich untereinander verständigen können. Die Forderung nach dem bedingungslosen Abzug der Invasionstruppen und dem Recht der irakischen Bevölkerung über die eigene Zukunft ohne Einmischung von außen entscheiden zu können, liegt im Interesse einer international ausgerichteten Antikriegsbewegung. Als Anhängsel von Regierungsforderungen für das internationale diplomatische Parkett würde sich eine Friedensbewegung selbst überflüssig machen.

28.4.2003 ■

Die israelische Zeitschrift *Challenge* veröffentlichte kurz vor Beginn des Angriffs des US-Bündnisses auf den Irak die folgende Einschätzung unter der Überschrift:

Der Weg wird nicht in Bagdad enden

Eine neue und gefährliche Ära

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 begann eine Reihe von Kriegen, zunächst am Persischen Golf 1991, dann auf dem Balkan 1995. Jetzt soll ein neuer Krieg kommen, wieder am Golf, aber er wird ganz anders sein. Wenn es zu diesem Krieg kommt (und zu dem Zeitpunkt, an dem Sie dieses lesen werden, kann er vielleicht schon begonnen haben), dann wird er gegen den Willen der Welt geführt, so wie es 10 Millionen Demonstranten am 15. Februar ausgedrückt haben. Er wird ebenfalls gegen den Willen wichtiger Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geführt werden.

Warum ist US-Präsident George W. Bush so erpicht auf diesen Krieg? Einige sagen, das Öl sei die Antwort. Es ist in der Tat wichtig für eine Nation, die ein Viertel des Weltbedarfs konsumiert. Aber den USA unter Bush geht es um mehr als nur um das irakische Öl. Es versucht die totale Kontrolle über alle globalen Ressourcen zu erlangen – auf Kosten aller anderen Völker. [...]

Zwischen dem gegenwärtigen irakischen Regime und der spanischen Republik der 30er Jahre bestehen himmelweite Unterschiede. Dennoch eröffnet wahrscheinlich die Eroberung des Iraks die Möglichkeit einer neuen faschistischen Ordnung, diesmal unter Führung der USA. Für Adolf Hitler bot die spanische Republik einen Testfall für seine eigenen Ambitionen, der ihm zeigte, ob der Rest der Welt willens war, sich gegen ihn zu vereinigen. Die Niederlage der spanischen Republik gab Hitler grünes Licht für die weitere Expansion. Ebenso wird ein Sieg über den Irak nicht in Bagdad enden. Im Interesse seiner Einflusserweiterung wird das amerikanische Regime weitere »Siege« in zusätzlichen arabischen Hauptstädten benötigen – und dann, wer weiß? Wir stehen heute vor Ereignissen, die eine neue historische Periode einleiten und eine neue internationale Ordnung etablieren.

Die vorherrschende Konzeption im Weißen Haus ist ein gefährliches Gemisch aus ungezügelter Kapitalismus, militärischem Draufgängertum und messianischer Ideologie. Die Regierung von George W. Bush hat sich selbst dazu auserkoren, durch die weltweite Auferlegung US-amerikanischer, mutmaßlich demokratischer Werte die Welt gegen das Böse zu verteidigen. Die Verachtung Europas durch die US-Regierung rührt her von ihrer Auffassung, dass Amerika die westliche Hälfte des Kontinents vom Nazismus und die östliche vom Kommunismus befreit hat. Diese vermeintlichen Errungenschaften werden zur Grundlage für die weltweite Inanspruchnahme von Sonderrechten gemacht.

Zusammenführung von Politik und Religion ist gefährlich. In fundamentalistischen islamischen Bewegungen und im Zionismus lässt sich diese Mischung finden. Im Falle der USA, mit ihrer ungeheuren militärischen und ökonomischen Macht, ist sie ist jedoch noch sehr viel gefährlicher.

Die Ideologie des Weißen Hauses wird in verschiedenen Dokumenten sehr offen ausgedrückt, nicht zuletzt in dem im September 2000 veröffentlichten Bericht »Rebuilding America's Defenses« (Wiederaufbau der amerikanischen Verteidi-

gung). Wir können die Doktrin wie folgt zusammenfassen: Nach der Niederlage der Sowjetunion blieben die USA als einzige Großmacht übrig. Nachdem der Demokrat Bill Clinton die Präsidentschaftswahl gewann, kam es jedoch zu einem ernsthaften Niedergang des Ansehens und der Stärke der US-amerikanischen Abschreckungsmacht. Clinton versuchte seine Ziele mit diplomatischen Mitteln zu erreichen. Folglich strahlte er Unentschlossenheit und Schwäche aus. Im Gegensatz dazu, haben die Schmiede der neuen Bush-Politik (unter Leitung von Vize-Präsident Cheney) verstanden, dass die USA einen Ausbau ihrer militärischen Übermacht benötigen. Im Gegensatz zu Clinton unterstützten sie eine Aufstockung des Verteidigungsbudgets. In gewisser Weise sehen sie sich selbst als Erben der Reagan-Regierung, die das Aufrüstungsrennen so anheizte, dass die Sowjetunion in diesem Wettbewerb nicht bestehen konnte. Der Sieg über die SU sei der Beweis, dass Reagans Versuch erfolgreich war. Entsprechend den heutigen weltpolitischen Bedingungen übersetzen sie die Politik Reagans in eine Doktrin des Präventivkrieges. Sie betrachten es als ihr Recht, jede regionale Macht, die zukünftig US-amerikanische Interessen bedrohen könnte, im Keim zu ersticken.

Diese Politik wurde bereits vor dem 11. September 2001 formuliert, aber die damaligen Angriffe ermöglichten es dem Weißen Haus, ihren Imperialismus hinter dem Slogan des »Krieges gegen den Terrorismus« zu verbergen. [...]

In den Augen der Bush-Regierung zeigt die weltweite Opposition der Völker gegen den Krieg bloß, dass Amerika unter Clinton sein Ansehen verloren hat. Die Welt, so glauben sie, zahle ihnen das Gute mit dem Bösen heim, erniedrige die amerikanischen Werte und weigere sich, ihre heilige globale Mission anzuerkennen. Sie glauben, dass sie das verlorene Prestige mit Gewalt wieder aufbauen können. [...]

Hinter dieser messianischen Ideologie verbergen sich Interessen mehr materieller Natur: Die gewaltigen Wirtschaftsunternehmen sind tatsächlich bedroht, jedoch nicht von al-Qaeda und nicht vom Irak, sondern vielmehr von den inneren Widersprüchen des Monopolkapitalismus: sinkende Nachfrage, massive Schulden und grassierende Spekulationen. Mittels der Hochtechnologie gelang es nicht, das ökonomische Wachstum anzukurbeln, um so die vom Nachkriegsboom der 50er und 60er Jahre hinterlassene Flaute zu kompensieren. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die Welt aus der Rezession, die nach dem Kollaps des Börsenindex NASDAQ vom März 2001 einsetzte, herausbewegt. Der ökonomische Niedergang betrifft alle Länder, entwickelte und unterentwickelte, von den USA, Japan und Deutschland bis hin zu Argentinien, Brasilien und der Türkei. [...]

Israel will den Krieg

Die Ereignisse des 11. Septembers ermöglichten es Israel unter der Führung von Ariel Sharon, zwischen der Intifada und dem Terrorismus eine Analogie herzustellen. Es hoffte, dass die Welt, insbesondere Bush, ein größeres Verständnis für das israelische Vorgehen zeigen würde. Er konnte nun die Selbstmordattentate der Palästinenser als Vorwand für den Einmarsch in die besetzten Gebiete nutzen, und dabei das Recht auf Selbstbestimmung eines ganzen Volkes für Null und Nichtig erklären.

Die gegenwärtig die USA beherrschende Gruppe sieht die Dinge mit gleichen Augen wie der LIKUD, und insbesondere wie Benyamin Netanyahu, der hervorragende Beziehungen zur Republikanischen Partei unterhält. Angeführt von den rechten Regierungsberatern Paul Wolfowitz, Richard Perle und Eliot Abrams, widersetzt sich diese Clique hartnäckig der Gründung eines palästinensischen Staates und der Anerkennung der Rechte der palästinensischen Nation. Sie sehen das Oslo-Abkommen als weiteren Beweis für die Schwäche der USA unter Clinton.

Bushs Weigerung, Arafat zu treffen, ist nicht nur taktischer Natur. Viele, die den Präsidenten umgeben, Perle inbegriffen, erachten die West Bank als untrennbaren Teil Israels. Darum hält sich die Bush-Regierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt damit zurück, Druck auf Sharon auszuüben, damit die Siedlungen aufgelöst werden. Die »Vision« des Präsidenten vom 24. Juni beinhaltet, dass erst die Palästinenser ihre Regierung und Institutionen reformieren und den Terrorismus stoppen müssen, bevor von Israel überhaupt Taten erwartet werden. Grundstein der Politik von Bush ist die Voraussetzung, dass Israel über die Palästinenser und die Araber insgesamt eine strategische Vormacht besitzt. [...]

So wie der Krieg gegen den Irak für das Weiße Haus zur Notwendigkeit geworden ist, wird er es kraft des Abhängigkeitsverhältnisses auch für Israel. Die meisten arabischen Führer fürchten die inneren und äußeren Probleme, die dieser Krieg hervorruft, aber die einzige Sorge in Tel Aviv ist,

dass er nicht stattfinden könne. Das Ausbleiben des Krieges würde das Land in seinen chronischen Problemen belassen: eine sich kontinuierlich verschlechternde Sicherheitssituation und eine schrumpfende Ökonomie. [...]

Alle israelischen Parteien stimmen darin überein, dass die Erneuerung des ökonomischen Wachstums von politischen Fortschritten mit den Palästinensern abhängt. Dieser Fortschritt, so glauben die zionistischen Parteien, wird durch die Schocktherapie des Krieges erreicht. Sharon und andere israelische Führer haben ihre Hoffnung geäußert, dass der Sturz Saddams die Palästinenser demoralisieren wird, damit es Israel leichter fällt, einen Umsturz in der palästinensischen Autonomiebehörde zu erzwingen, die Intifada zu ersticken und ein schnelles Übereinkommen auf Grundlage der Vorstellungen der Bush-Regierung zu erreichen. Aber so lange der Libanon unter Syriens Einfluss und sein südlicher Teil unter dem Einfluss der gefürchteten Hizbollah steht, wird solch eine Übereinkunft nicht stabil sein. Die Kriegspläne beinhalten deshalb Nebenkriegsschauplätze. Israel richtet seinen Blick auf einen Politik- oder Regimewechsel in Damaskus. Das Resultat soll irgendwie der Karte des neuen Nahen Ostens von Shimon Peres gleichen, aber mit einem Unterschied: anstatt dass die Karte durch ökonomische Eroberungen markiert würde, wie Peres und Clinton dies beabsichtigten, werden Bush und Sharon Raketen und Panzer benutzen. [...]

KORRESPONDENZEN

ZUM TARIFABSCHLUSS DER EISENBAHNER

Zick-Zack-Kurs auf der Schiene

Die Bahn und die Gewerkschaften Transnet und GDBA haben einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen (die Gewerkschaft der Lokomotivführer »GDL« hat gesondert verhandelt und die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt). Der Vertrag, der für 160.000 Beschäftigte der DB AG gilt, stellt einen Kompromiss dar. Aber eher einen faulen, als einen besonders hilfreichen, d.h. die tatsächliche Lage der Eisenbahner wirklich verbessernden Abschluss. Dies kommt schon darin zum Ausdruck, dass die »Bahnzeit« (Herausgeber: Vorst. der DB AG) Nr. 4/2003 hoch erfreut feststellt: »*Tarif mit Sanierungsziel in Einklang gebracht*«. Doch das »Sanierungsziel« ist die Zerschlagung der Bahn – besser gesagt, die Erschließung gewichtiger Finanzierungsquellen für eine noch straffere Monopolisierung der deutschen Wirtschaft durch Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe sowie die Neuordnung (Neuaufteilung) des Weltverkehrsmarktes. Es kann sich also nur um einen zeitweiligen Waffenstillstand handeln (der Vertrag gilt von März 2003 bis April 2004), denn: »*Mit den Gewerkschaften sei vereinbart worden, bis Ende 2003 gemeinsam strukturelle Veränderungen im Vergütungssystem, in den Arbeitszeitregelungen und der Mitarbeiter-Qualifizierung umzusetzen*.« Was dies im Klartext heißt, sprach zunächst der für seinen Zynismus hinlänglich bekannte Personalvorstand Dr. Norbert Bensele aus: »*Der Druck der Wettbewerber ist so groß, dass eine Regionalisierung der Tarifverträge noch nicht vom Tisch ist*«. Mit anderen Worten, der Tarifkonflikt bei DB Regio (vgl. Arbeiterpolitik, Sonderaus-



Auch KollegInnen aus dem von Stilllegung bedrohten Eisenbahnausbesserungswerk in Delitzsch waren in Berlin auf der Kundgebung am 14. März.

gabe 22. Februar 2003) bleibt der Urtyp auch des jetzigen Konfliktes, der durch den neuen Tarifvertrag nicht behoben, sondern verstärkt wurde (die »Zufriedenheit« der KollegInnen hält sich in äußerst engen Grenzen).

Nichts wäre irrsinniger, als den Tarifabschluss vom 15. März in den Rang einer Vereinbarung zu heben, bei der die vorhandene Kampfkraft der Eisenbahner auch wirklich voll ausgenutzt wurde. Zwar jammerte Bahnchef Mehdorn in seinem Mitarbeiterbrief vom 6. März 2003: »*der Streik hat uns heute schwer getroffen*«, aber es kann keine Rede davon sein, dass die Gewerkschaften wirklich als Tarifkontrahenten, welche die Eisenbahner ernsthaft zum flächendeckenden Streik mobilisierten, in Erscheinung traten. Mit sicherem

Instinkt registrierte der Hauptvorstand der Transnet nach der ersten Verhandlungsrunde: »Die Geduld der Beschäftigten hat ein Ende. Geht es jetzt nicht voran, sind massive Proteste unausweichlich«. Schließlich handelte er, wie er handeln musste, um die Wut nicht auszubreiten. Es blieb bei der »Politik der Mitgestaltung«. Dies erkannten auch viele Teilnehmer der Großdemonstration am 14. März vor dem Bahntower in Berlin – sie verließen den Ort vorzeitig (der ehemalige Personalchef Föhr, der sich fast unbemerkt unter die Protestierenden aus dem ganzen Land gemischt hatte, registrierte die Rede von Transnet-Chef Norbert Hansen mit einem verschmitzten und durchaus wissenden Lächeln).

Natürlich, dem Schein nach wurde am Verhandlungstisch schwer »gekämpft«:

- im April und Dezember 2003 Einmalzahlungen in Höhe von 200 Euro,
- zum 1. Mai 2004 eine Entgelterhöhung um 3,2 Prozent (ca. 2 Prozent bleiben übrig),
- Angleichung der Ost-Entgelte an die Westentgelte bis 1. September 2006 in drei Schritten,
- analoge Regelungen bei der Ausbildungsvergütung.

Doch unter dem Strich deckt das Ergebnis nicht einmal die Einbußen der Beschäftigten, die sich allein aus der schon vorher vereinbarten Abschmelzung bestimmter Zulagen (z.B. den Ausgleich der Differenz nach der Neufestlegung der Vergütungsgruppen im Zusammenhang mit der Bahnreform und der Verschmelzung von DR und DB – sog. »Besitzstandssicherung«) ergeben. So bleibt es bei Almosen, die u. a. durch auf dem Fuße folgende Rationalisierungsmaßnahmen wieder reingeholt werden. Oliver Kühn, Leiter Bordservice im Unternehmensbereich Personenverkehr schrieb am 28. 03. 03 an die KollegInnen von DB Reise&Touristik: »die schwache Konjunkturlage ... spüren wir auch in unseren Zügen. Aus diesem Grund haben wir in diesen Tagen das Programm ‚Sprint‘ gestartet, das im wesentlichen zwei Bereiche umfasst: Einerseits eine neue Angebotsoffensive und andererseits die Senkung unserer Kosten ... Wir wollen gemeinsam mit den Sozialpartnern vereinbaren, dass die notwendigen Kosteneinsparungen über den Ausgleich der Freizeitkonten sowie durch einen Verzicht auf Neueinstellungen in der nächsten Zeit realisiert werden.« Mehdorn kann sich freuen.

Der Druck der Beschäftigten hatte Bewegung in die Tarifverhandlungen gebracht. Die »Bahn von unten« unterstützte den Protest nachdrücklich. Aber die Gewerkschaftsführungen (Transnet, GDBA, GdL) waren in der entscheidenden Situation weder an einem gemeinsamen Kampf, den die KollegInnen erwarteten, noch an der Ausschöpfung aller Mittel interessiert. Von einer rechtzeitigen Mobilisierung aller in Frage kommenden Eisenbahner für einen günstigen Tarifvertrag, der heute mehr denn je den Streik verlangt, konnte keine Rede sein. Gehandelt wurde nicht als politische Organisation, sondern als Organ der Anpassung.

Die GDL schlug sogar die Rückkehr zum Mittelalter vor: sie favorisierte den Spartentarifvertrag, war aber auch bereit, nur die Tarifführerschaft für die Lokführer zu übernehmen. Nunmehr wird – so der Vorsitzende Schell – der Streik ausgerufen, für den der Bahnvorstand die volle Verantwortung trägt. Auf der Strecke bleibt der Flächentarifvertrag. Lange werden die Betroffenen die Politik der Spaltung nicht mehr hinnehmen – das Leben lehrt sie die Vereinigung gegen das Kapital.

Berlin, 14. 04. 2003 ■

■ HANAU

Teilerfolg gegen Nazi-Aufmarsch

Am 29. März, zweiter Samstag nach Kriegsbeginn, war Hanau der Schauplatz einer bundesweit angekündigten Demonstration von Jungen Nationaldemokraten (Jugendorganisation der NPD) und so genannten Freien Nationalisten gegen den Irak-Krieg. Unter Führung des Hamburger Neonazis Thomas »Steiner« Wulf hatten einschlägige Gruppen aus allen Teilen der BRD kurzfristig (unmittelbar nach der Einstellung des NPD-Verbotsverfahrens durch das Bundesverfassungsgericht) dazu aufgerufen. »Mit dieser bundesweiten Demonstration wird sich die Nationale Opposition geschlossen und für die Öffentlichkeit wahrnehmbar gegen die weltweite Unterdrückungspolitik der USA positionieren,« hieß es im Aufruf. 600 Teilnehmer sollten nach ihrer Vorhersage kommen, tatsächlich waren es dann höchstens halb so viel.

Einfallstor nach Frankfurt?

Dieser Aufwand für einen Nazi-Aufmarsch durch eine Stadt von knapp unter 90.000 Einwohnern für ein Thema, das weltweit Friedensbewegte auf die Straße treibt, überrascht nur auf den ersten Blick. Thema, Zeitpunkt und Ort waren zielbewusst gewählt. Das von »Steiner« Wulf vertretene Spektrum nutzt die gegenwärtige Lage für den Versuch einer stärkeren Verankerung. Dafür kommt ihnen die Stimmung gegen den Krieg im Irak zupass. Sie verstehen ihn als einen nationalen Krieg der USA (und im Interesse Israels), in dem sie sich mit nationalistischen, rassistischen, insbesondere antisemitischen Parolen »positionieren« können. Wenn es ihnen um die »Freiheit der Völker« geht, dann insbesondere das Recht des »stärkeren Volkes« (soweit es sich um das deutsche handelt), andere zu unterdrücken. Dies macht aber derzeit im Irak der US-Imperialismus vor, nicht ein deutscher Imperialstaat. Dagegen gilt ihnen: »Kein deutsches Blut für amerikanische Interessen.« So hängen sie sich an die Friedensbewegung, ähnlich wie der NS-Faschismus in den dreißiger Jahren anfangs Friedensparolen verbreitete, solange das deutsche Militär noch nicht kriegsfähig war.

Sie mischen sich vereinzelt oder organisiert in lokale Anti-Kriegs-Demonstrationen, Mahnwachen und ähnliches und vertrauen teils auf die Naivität, teils auf die Angst der FriedensdemonstrantInnen – oft mit Erfolg und häufig auch von der Polizei unterstützt. Beispiele: In Halle (Sachsen-Anhalt) unterwanderten Neonazis in kleinen Gruppen mehrmals die örtliche Montagsdemonstration – Versuche, sie herauszudrängen, scheiterten; in Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) kippte eine Front von hundert Nazis der »Pommerschen Aktionsfront« eine nur 300 Personen starke Friedensdemonstration in ihr Gegenteil; im brandenburgischen Fürstenwalde durfte auf Betreiben der örtlichen SPD sogar der NPD-Vorsitzende Vogt auf einer Friedenskundgebung sprechen; auch aus westdeutschen Städten wie Essen, Köln, Mannheim lassen sich Beispiele aufzählen. Das Kräfteverhältnis ist oft schon dadurch ungünstig, dass die FriedensaktivistInnen nicht wissen, wie mit einer solchen Invasion entschlossener Nazis umzugehen sei. Eine klare politische Abgrenzung fehlt bislang zumindest in bundesweit wahrnehmbarem Rahmen. Politisch verheerend dagegen ist vor allem die Auffassung in Teilen des Friedensspektrums (in Ostdeutschland bis in die PDS hinein), der Irak-Krieg habe



Einem Antifaschisten wird ein Platzverweis erteilt. Um diesen durchzusetzen wird er festgenommen, indem vier Polizisten Gewalt anwenden. Ein Grund für rund 10 Journalisten, sich der Sache auf ihre Weise anzunehmen.

Vorrang vor allem (auch vor antifaschistischer Abwehr), und hierfür brauche man jeden.

Für die Wahl des Zeitpunkts zählt taktisch besonders die Aufhebung des NPD-Verbotsverfahrens. Bemerkenswert schnell hat die NPD die bis dahin geübte taktische Distanz gegenüber den freien Nationalisten fallen lassen. Die bundesweit geplante Aktion in Hanau sollte ein wichtiger Test für die neue Bewegungsfreiheit mit kalkuliertem Risiko werden – keine Großstadt zwar, aber in zentraler Region gelegen und mit großem Mobilisierungsaufwand angegangen.

Deshalb war auch die Wahl des Ortes überaus plausibel: Gemeint ist eigentlich Frankfurt, der wichtigste Bankenplatz in Deutschland, für die Nazis das klassische Symbol des »Finanzjudentums«. Über mehrere Jahre haben sie in Frankfurt Fuß zu fassen und vor allem am 1. Mai Kundgebungen durchzuführen versucht. Dies ist – mehrmals, nicht immer – an starker Gegenmobilisierung gescheitert, die auch die Polizei zwang, die Nazi-Aufmärsche einzudämmen, anstatt ihnen den Weg freizuknüppeln. Offensichtlich versuchen jetzt Nazi-Organisationen zunächst einmal im Umfeld Frankfurts Einfluss zu gewinnen. Bereits am 1. Mai 2002 fuhren sie mit ihren Bussen nicht mehr Frankfurt direkt an, sondern den Hanauer Hauptbahnhof, um von dort mit der Bahn zum Frankfurter Ostbahnhof zu gelangen. Dort konnten sie erneut keine Demonstration durchführen und wurden dann auch auf dem Rückweg in Hanau von einer allerdings recht kleinen Antifa-Gegenkundgebung empfangen.

Hanau hat allein zahlenmäßig einer bundesweiten Mobilisierung der Nazis nicht annähernd so viel entgegenzusetzen wie das etwa siebenmal so große Frankfurt. Von daher konnten die Nazis sich leichteres Spiel ausrechnen. Ein Heimspiel ist Hanau für sie freilich nicht: Zwar erzielten die »Republikaner« (Rep) in von Arbeitslosigkeit besonders geplagten Stadtteilen wie Lamboy oder Freigericht, die noch in den achtziger Jahren als »rote« SPD-Hochburgen galten, in Kommunal- und Landtagswahlen zweistellige Ergebnisse. Aktive Nazis oder ihre Propaganda kommen jedoch im Stadtbild nicht vor. Probleme dieser Art gibt es eher an Schulzentren im Umland (zum Beispiel Bruchköbel).

Ziel: Blockade und Verhinderung der Nazi-Demo

Die erste Nachricht über den geplanten Nazi-Aufmarsch in Hanau sprach sich während der »Tag-X«-Kundgebung am 20. März herum. Die Vorbereitungen für eine Gegenaktion mit dem Ziel der Verhinderung begannen sofort. Bereits am darauffolgenden Tag, einem Freitag, fand abends ein Treffen von Mitgliedern überwiegend der autonomen Antifa, dazu der Hanauer Friedensplattform und der örtlichen DIDF (Dachverband der Vereine der ArbeiterInnen aus der Türkei) statt. Es wurde ein Konzept auf zwei Ebenen entwickelt: 1. durch Anmeldung etlicher Gegenkundgebungen den Nazis legal den Weg durch die Innenstadt an die amerikanischen Kasernen im Lamboy-Viertel, aber auch anderen Standorten im Stadtgebiet zu verlegen; 2. durch größtmögliche Mobilisierung eine reale Blockade des Nazi-Aufmarsches hinzukriegen. Für den zweiten Punkt war es wichtig, sich schnell mit Flugblättern und Presseerklärungen an die Bevölkerung, die Gewerkschaften und die örtliche antifaschistische Szene zu wenden sowie frühzeitig Kontakt mit Frankfurt aufzunehmen. Noch in der Nacht wurden Flugblätter gedruckt, um sie auf der Antikriegsdemonstration des DGB und der Hanauer Friedensplattform vom 22. März zu verteilen (und in der folgenden Woche in Briefkästen zu stecken). In einem kurzen Redebeitrag in der Abschlusskundgebung der etwa tausend TeilnehmerInnen umfassenden Demonstration wurde für die Blockade am Hauptbahnhof geworben. In weiteren, größeren Treffen der folgenden Woche wurden die Pläne weiter konkretisiert.

Die Hanauer Friedensplattform entstand nach dem 11. September 2001 aus einem Spektrum von linken GewerkschafterInnen (DKP, SPD) und übrig gebliebenen FriedensaktivistInnen der achtziger Jahre. Später schlossen sich weitere Gruppierungen und Einzelpersonen (Stadt- und Kreisschülerräte, Autonome, Grüne, DIDF, Kirchen, moslemische Vereine) an, etliche nur zeitweilig. Die personelle Stärke stagniert auf eher niedrigem Niveau. Die Kooperation mit dem DGB ist eng, mit den Einzelgewerkschaften jedoch nicht (nur zeitweilig mit IG Metall und GEW). Die Plattform übernahm in der Aktion die Wiederanmeldung ihrer Demonstrationsroute für den 29. März. Mit der Bestätigung durch das Ordnungsamt war damit den Nazis der Weg in die Innenstadt abgeschnitten. Leider klappte das nicht überall, insbesondere nicht der Versuch, die Pioneer-Kaserne im Stadtteil Wolfgang zu belegen. Nacheinander wurden für diese zwar weit außerhalb gelegene, aber dennoch wichtige Anlaufstelle verschiedene mögliche Anmelder angesprochen (DGB, VVN, Attac), jedoch ohne Erfolg. Tatsächlich wurde den Nazis schließlich genau diese Kaserne als Zielort zugesprochen, nicht zuletzt deswegen, weil die Gerichte darauf bestanden. So kam es nur zu einem Teilerfolg für die Nazi-Gegner: Zwar wurde den Nazis der Weg in die Innenstadt verlegt, aber einen Marsch bekamen sie trotzdem.

Die reale Mobilisierung der Bevölkerung in Hanau und der aktiven Szene aus Frankfurt gelang noch schlechter. In der Rhein-Main-Metropole waren für den 29. März schon drei große Kundgebungen, zwei davon als Protest gegen den Irak-Krieg, organisiert worden: 1. Eine Sitzblockade von »Resist« am Flughafen an der Air-Base der US-Army; 2. ein Autokorso am Frankfurter Kreuz, um dieses lahm zu legen; 3. eine Demonstration von »Kein Mensch ist illegal« am Internierungslager für Flüchtlinge im exterritorialen Bereich des Flughafens. Ein beträchtlicher Teil der autonomen Antifa

aus den Städten des Rhein-Main-Gebiets (auch Hanau) war dort gebunden und ließ sich teilweise auch vom Nazi-Aufmarsch in Hanau nicht von diesem Vorhaben abbringen. Damit war die Unterstützung aus Frankfurt nicht so stark, wie sie hätte sein können. Nur die Frankfurter Anti-Nazi-Koordination, ein Bündnis aus gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen, brachte sich ein, auch vor Ort in Hanau.

Der Magistrat der Stadt Hanau versuchte natürlich, den Nazi-Aufmarsch zu verbieten, was vor den Gerichten, wie üblich, keinen Bestand hatte. So machte die Stadtspitze auf Panik: SPD-Bürgermeister Kaminsky, der die wegen einer Korruptionsaffäre beurlaubte CDU-Oberbürgermeisterin Härtel (gegen sie läuft – mit Zustimmung ihrer eigenen Partei – ein Abwahlverfahren) im Amt vertritt, empfahl den Hanauer BürgerInnen, frühzeitig ihre Samstagseinkäufe zu erledigen und dann möglichst aus der Innenstadt zu verschwinden. Hinzu kamen Stellungnahmen der Polizei, die Hanau für diesen Tag zum operativen Schwerpunkt in Hessen erklärte: »Die Stadt ist besetzt.« Ein Verkehrschaos zeichnete sich ab. Das alles zeigte Wirkung: Die Hanauer Innenstadt, in der regelmäßig samstags der größte hessische Wochenmarkt stattfindet, war am 29. März erheblich ruhiger als sonst.

»Die Stadt ist besetzt« – von Polizei

Um 11.00 Uhr sollte die Nazi-Demo am Hauptbahnhof beginnen, die Polizei besetzte den Vorplatz schon ab 6.00 Uhr. Um 9.00 Uhr war um die geplante Route herum alles dicht, die Zahl der Polizeikräfte in der Stadt wurde mit 900 Personen angegeben, ein großer Teil davon aus Nordrhein-Westfalen (auch in und um Frankfurt waren ja starke Kräfte im Einsatz). Die Zahl der Nazis überschritt nach unterschiedlichen Schätzungen nicht die 300, wobei ein ganz geringer Teil aus der Region selbst kam (der letzte Bus, der etwa um 12.00 Uhr eintraf, kam aus Hamburg). Die GegendemonstrantInnen waren aus den oben genannten Gründen auch nur wenige hundert Menschen stark und verteilten sich zudem auf eine Handvoll Blockadepunkte. Die Polizei sprach willkürlich Platzverweise gegen Linke aus, teils für den Bahnhofsvorplatz und die Demo-Route, teils für das ganze Stadtgebiet; selbst Liniensebusse wurden gefilzt. Orientierung für die Beamten waren szenetypische Haartracht und Kleidung, Antinaziaufnäher, auffälliges Verhalten, bekannte Namen. Es gab Deportationen in die Innenstadt oder außerhalb der Stadtgrenzen und einige Festnahmen. Jederzeit hatte die Polizei die Lage unter Kontrolle.

Über 50 GegendemonstrantInnen gelang es dennoch, einzeln oder in kleinen Gruppen den Bahnhofsvorplatz zu erreichen. Hier brachten sie durch eine massive Geräuschkulisse die Auftaktkundgebung der Nazis zum Scheitern, so dass diese sich erst hundert Meter weg bewegen mussten. Eine weitere Gruppe Nazi-GegnerInnen blockierte sie dann etwa eine halbe Stunde, bevor sie von Polizei geräumt wurde. Den weiteren Teil der Strecke bis zur Kaserne konnten die Nazis unbehelligt gehen, weil von da an weiträumig abgesperrt war. Nur die akustische Beschallung war an einigen Straßenkreuzungen möglich. Der Weg führte zum großen Teil durch unbewohntes Gelände. Kurz vor der Pioneer-Kaserne wurden die Nazis von jugendlichen AnwohnerInnen mit Steinen beworfen; vermutlich mangels Ortskenntnis konnte die Polizei unter diesen couragierten Jugendlichen keine Festnahmen durchführen. Eine weitere Gruppe von GegendemonstrantInnen wurde dort aber eingekesselt und außer

Sicht- und Hörweite abgedrängt. Inzwischen hatten autonome AntifaschistInnen, denen das bloße Beschallen des Nazi-Aufmarsches nicht reichte, eine Spontandemonstration durch die Innenstadt durchgeführt mit dem Ziel, die »Friedens«-Demagogie der Nazis bloßzustellen und die Gleichgültigkeit der Hanauer BürgerInnen anzuprangern. Diese Aktion verlief ohne Zwischenfälle, erregte aber auch keine Aufmerksamkeit. Nach der Rückkehr der Nazis auf deren gleicher Route war der braune Spuk um 16.00 Uhr vorbei. Neun festgenommene Gegen-demonstrantInnen wurden um 17.00 Uhr frei gelassen, einer von ihnen muss mit einer Anklage rechnen.

Einschätzung: Bessere Koordination erforderlich

Teilweise war die Aktion für die AntifaschistInnen ein Erfolg: Die Nazis wurden aus der Innenstadt ferngehalten und auf den Stadtrand verwiesen. Eine »für die Öffentlichkeit wahrnehmbar(e)« Wirkung wurde ihnen damit verwehrt. Nach Lage der Dinge ist das ein Erfolg, der sich allerdings dadurch relativiert, dass er im Einklang mit den Interessen der herrschenden Kräfte in der Stadt an Ruhe und Ordnung stand. Das Ordnungsamt war in erster Linie an dem makellosen Ruf der Stadt, die Polizei an der Trennung beider Lager interessiert.

Ein völliger Misserfolg dagegen war die Gegenmobilisierung. Sie scheiterte in der antifaschistischen Szene an der Überlastung der Kräfte durch etliche Großaktionen an diesem Tag, bei den BürgerInnen an deren Gleichgültigkeit und der von Magistrat und Medien erzeugten Angst, bei Gewerkschaften und Kirchen darüber hinaus an der Kurzfristigkeit der Mobilisierung. So erschien die Aktion in den Augen der Öffentlichkeit isoliert als eine Auseinandersetzung unter »Extremisten«. Trotzdem war es den Versuch wert. Einige Ängstliche hatten zuvor empfohlen, den braunen Spuk einfach zu ignorieren. In diesem Falle wären die Nazis an helllichem Tage durch die Innenstadt spaziert und hätten ihr Publikum bekommen.

Ein schwaches Bild boten die Gewerkschaften. Zwar waren engagierte Einzelpersonen vor Ort, auch eine IG-Metall-Fahne war zu sehen. Das Interesse war allerdings schon vorher absehbar gering: Eine kurz vor dem Nazi-Aufmarsch stattgefundenen Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Erstürmung der Gewerkschaftshäuser 1933 stieß auf sehr geringe Resonanz, und offensichtlich sah kaum jemand Zusammenhänge. Inzwischen hat sich das in der Gegenmobilisierung zum 29. März entstandene »Bündnis antifaschistischer Gruppen« in einem offenen Brief an die Gewerkschaften in Hanau gewandt und einen Dialog eingefordert.

Die Niederlage wurde nicht gegenüber den Nazis kassiert, sondern von dem riesenhaften Polizeiaufgebot. Der Staat ließ sich sein Gewaltmonopol nicht nehmen. Hier hätte nur eine rechtzeitige, massenhafte Besetzung des Bahnhofsvorplatzes die Kräfteverhältnisse etwas verschieben können. Das allerdings wäre von Hanauer AntifaschistInnen allein nicht zu leisten gewesen, sondern hätte umfassender Unterstützung aus Frankfurt bedurft. An die Herstellung dieser Kontakte, zum Beispiel zur Frankfurter Antinazikoordination, und die Mobilisierung in den Gewerkschaften ist rechtzeitig zu denken, wenn eine solche Aktion wieder ansteht. Der nächste Nazi-Aufmarsch in der Region steht bereits fest: 1. Mai, Frankfurt.